

Mehr Mitspracherecht für die Bürgerschaft

Vom Gemeinderat beschlossen: Bürger sollen über Stadtentwicklung künftig früher informiert werden

Bei nur einer Stimmenthaltung erklärte sich der Gemeinderat am Montag mit dem Vorschlag der Stadtverwaltung einverstanden, die Bürgerschaft fortan stärker an den Planungen der Stadtentwicklung teilhaben zu lassen. Die Bürger sollen so rechtzeitig informiert werden, daß ihre Vorschläge und Anregungen noch in den Entscheidungsprozeß einfließen können. Die Offenlegung der Pläne soll allerdings erst dann erfolgen, wenn der Gemeinderat jeweils die erste Beratung absolviert hat. Dieses Vorrecht, so führte Oberbürgermeister Wäschle aus, könne man auf Grund der Gemeindeordnung dem Gemeinderat nicht streitig machen, zumal er ja auch die gesamte Verantwortung zu tragen habe.

In dem Beschluß wird auch sichergestellt, daß in den örtlichen Bürgerinitiativen (Förderungsgemeinschaft Oberstadt, Leistungsbund und Bürgerforum Altstadt) ein enger Kontakt hergestellt werden soll. Schließlich sollen jeweils alle gegebenen Möglichkeiten zum Schutz der Schulen, der Schüler und der Anlieger im Bereich der Wilhelmstraße vor gesundheitlichen Gefahren, Lärm und Abgasen überprüft und dem Gemeinderat Vorschläge für entsprechende Maßnahmen vorgelegt werden.

Man habe Lehren aus dem „Fall Wilhelmstraße“ gezogen, räumte Oberbürgermeister Wäschle einleitend unumwunden ein und sagte, mit dem vorliegenden Beschlußvorschlag soll künftig verhindert werden, daß die Bürger von Gemeinderatsbeschlüssen überrascht werden. Erste Nutzenanwendung daraus sei bereits die öffentliche Beratung der „Verkehrsregelung Stadtmitte“ und des Frauentorplatz-Umbaus gewesen. Die Stadt wolle dem Bürger aber nicht nur schwer lesbare Pläne vorlegen, sondern die Vorhaben für ihn mit Hilfe von Modellen anschaulich machen und diese auch erläutern.

Der Oberbürgermeister ging dann auf die wesentlichsten Vorschläge, Anregungen und Bedenken ein, die bei der letzten Bürgerversammlung geäußert wurden. Dabei kam es ihm entscheidend darauf an, den Vorwurf zu entkräften, der vierspürige Ausbau der Wilhelmstraße sei nicht notwendig. Tatsache sei, daß die zweispurige Belastbarkeit der Straße schon jetzt deutlich überschritten sei. Das ergebe sich sowohl aus den letzten Verkehrszählungen als auch aus der Verkehrsmengenkarte, die das Land alle paar Jahre neu anlege. Verkehrsstauungen auf der Wilhelmstraße seien bei dem vorgesehenen Phasenablauf nicht bzw. allenfalls an der Einmündung in den Frauentorplatz zu befürchten.

Zur angeregten Erweiterung des Pausenhofs der oberen Wilhelmschule (Realschule) sagte Wäschle, die Stadt habe gute Aussicht, den Platz der angrenzenden Grünanlage wieder vom Land zurückkaufen zu können, das ihn einst zum Bau eines neuen Landgerichtsgebäudes erworben habe. Während

also die Erweiterung des Pausenhofs als lösbares Problem erscheine, werde die damit verbundene Erschwerung der Pausenaufsicht als gravierender angesehen. In diesem Zusammenhang betonte der Oberbürgermeister, die Stadt wolle den Plan eines Neubaus für die Realschule nicht aufgeben, vielmehr werde man nach Abschluß der Gemeindereform darüber neu beraten müssen.

In der Debatte erklärten sich die Mitglieder des Gemeinderats grundsätzlich mit den Beschlußvorschlägen der Verwaltung einverstanden. Innen ging es zumeist um die Klärung von Detailfragen wie z. B. um die Definition der Unterschiede zwischen den drei Bürgerinitiativen und deren Zusammenarbeit, um das Modell der auf dem Frauentorplatz vorgesehenen Unterführung, um die Praktizierung des Beschlusses unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Entscheidungsfreiheit des Gemeinderats gewahrt, und der Entschlossenheit, unerwünschte und abträgliche Entwicklungen auf jeden Fall zu vermeiden.

Farbe kam in die Debatte, als Stadtrat Georgii (SPD) plötzlich scharfe Munition verwendete, mit der er seiner Enttäuschung über den Beschlußvorschlag der Verwaltung Ausdruck gab, der im ersten Punkt Selbstverständliches enthalte und im zweiten Punkt als „kalter Kaffee“ anzusehen sei. Er — und wie sich nachher herausstellte — auch andere Mitglieder der SPD-Fraktion, hatten die Beratung der im Dezember in der Bürgerversammlung gemachten Vorschläge

erwartet und sich darauf in einer vorausgegangenen Fraktionssitzung präpariert. Oberbürgermeister Wäschle wandte sich gegen die Tonart Georgii und meinte, Polemik könne der Sache nur schaden. Der vorgeschlagene Beschluß beziehe sich nicht nur auf den aktuellen Fall, sondern sei von grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft. Im übrigen sei ein Großteil der in der Bürgerversammlung gemachten Vorschläge und Anregungen entweder im Technischen Ausschuß oder im Gemeinderat bereits beraten worden. Lediglich die Frage einer Überführung für Fußgänger in der Wilhelmstraße müsse im Gemeinderat noch beraten werden.

Von mehreren Stadträten wurde schließlich der Vorschlag gemacht, den Bürgerinitiativen den Bebauungsplan für das Sanierungsgebiet Gänsbühl zu übergeben und einen solchen Plan auch im Rathaus aufzuhängen. Stadtrat M. Miller (CDU) wies auf einen Vorgang in Lindau hin, wo ein potentes Unternehmen sich nur dort ansiedeln und bauen will, wenn dies auf der Insel selbst ermöglicht wird, was erhebliche Eingriffe in die bauliche Substanz erfordern würde. Mit diesem Hinweis wollte er seine Behauptung untermauern, daß die Bürgerinitiativen eine wichtige, aber auch schwierige Kontrollfunktion hätten.

Bei jeweils nur einer Gegenstimme wurde der Antrag von Stadträtin Ballarin (SPD) angenommen, den Beschlußvorschlag dahingehend zu erweitern, daß die Lärm- und Abgasentwicklung in der Wilhelmstraße nicht nur überprüft wird, sondern auch Vorschläge zur Abhilfe vorgelegt werden. Einstimmig beschlossen wurde der Vorschlag von Dr. Huhn (CDU), für die Vorlage des Ergebnisses dieser Überprüfung einen Termin zu setzen (1. Juli), während die abgeänderten Beschlußvorschläge der Verwaltung bei einer Enthaltung die Billigung des Plenums fanden. ny

Am Donnerstag erste Versammlung

Bürgerforum Altstadt jetzt ein Verein

Das „Bürgerforum Altstadt“ am 21. Februar erst als Verein konstituiert, will morgen Donnerstag abend erstmals an die Öffentlichkeit treten. Im Hotel Waldhorn findet um 20 Uhr eine Versammlung statt, bei der der jetzt eingetragene Verein nicht nur seine Ziele proklamieren, sondern allen interessierten Bürgern Gelegenheit geben will, Vorschläge zu machen hinsichtlich der Erhaltung und Gestaltung der Altstadt Ravensburg. Bei der erwähnten Gründungsversammlung wurden in den Vorstand gewählt: Dr. Hans Burkhard, Hans-Ulrich Dreher, Max Ehrle, Alfons Locher und Lucinde Weiß.

Das Bürgerforum hat bereits ein kleines Informationsblatt drucken lassen, in dem es Aufgabe und Ziel umreißt. „Noch ist es in Ravensburg nicht zu spät. Noch besteht die Chance, den individuellen Charakter der Stadt zu erhalten“ heißt es in dem Faltblatt. Und weiter: „Das Bürgerforum Altstadt versteht sich als eine überparteiliche Aktionsgemeinschaft Ravensburger Bürger die verhindern wollen, daß durch Gleichgültigkeit oder Unverstand das charakteristische und im Kern noch erhaltene Bild der Ravensburger Altstadt weiter beeinträchtigt oder gar völlig zerstört wird. Es geht darum, die Bürger und die öffentlichen Stellen davon zu überzeugen, daß den Bausünden der letzten 150 Jahre, die der Substanz der Altstadt bereits schweren Schaden zugefügt haben, endlich Einhalt geboten werden muß. Gleichzeitig will das Bürgerforum durch konstruktive Vorschläge und Initiativen dazu beitragen, die Lösung bestehender Probleme zu erleichtern.“

Das Bürgerforum weiß, daß nicht jede bauliche Einzelheit, nur weil sie alt und vertraut ist, erhalten werden kann. Altstadtsanierung heißt Schaffung gesunder Lebensverhältnisse in der Altstadt. Dabei wird es nicht immer ohne Eingriffe in die Bausubstanz abgehen können.

Doch dürfen solche Eingriffe nach unserer Überzeugung nicht zur Beseitigung ganzer Straßenzüge oder Stadtviertel ausarten, wie dies teilweise im Planungsgutachten über die Altstadterneuerung vorgesehen ist. Strukturverbesserung bedeutet nicht Neuordnung mit Hilfe der Spitzhacke, sondern Wiederbelebung verödeteter und heruntergekommener Zonen.

Einzelnen gelungenen Restaurierungen und Neubauten im Altstadtbereich stehen auch schwere Bausünden, besonders in der Unterstadt, gegenüber. Das Bürgerforum will nicht nur anklagen, sondern bei der Suche nach neuen Wegen konstruktiv mitarbeiten. Um erfolgreich zu sein, bedarf es der Unterstützung aller Bürger, die ihre Altstadt lieben.“



Sie bilden das Vorstandsteam des „Bürgerforums Altstadt Ravensburg e. V.“ Max Ehrle, Alfons Locher, Dr. Hans Burkhard, Lucinde

Weiß und Hans-Ulrich Dreher (von links). Die Führungsspitze soll demnächst noch durch einen Beirat erweitert werden. Foto: Döber

Neu gegründetes „Bürgerforum Altstadt“ fordert

Ravensburg darf nicht gesichtslos werden

Verein will eigene konstruktive Ideen entwickeln — Informationsveranstaltung hatte starken Zulauf

Das auf dem Papier seit wenigen Wochen bestehende „Bürgerforum Altstadt Ravensburg“ macht sich daran, bei eben dieser Bürgerschaft Verständnis und Resonanz für seine Arbeit zu wecken. Erklärtes Ziel der Vereinigung, die in Bälde als eingetragener Verein firmieren wird: das historisch gewachsene Stadtbild so weit wie irgend möglich vor dem Zugriff des von bloßem Zweckdenken geleiteten „Fortschritts“ zu schützen und mit eigenen konstruktiven Ideen zur Erhaltung ehrwürdiger baulicher Traditionen beizutragen. „Ravensburg darf nicht gesichtslos werden“, erklärte Dr. Hans Burkhard, maßgebliches Vorstandsmitglied des Bürgerforums, bei einer Informationsversammlung am Donnerstagabend im vollbesetzten Saal des Hotels „Waldhorn“. Der Verein, so kündigte er an, werde seine Vorstellungen und Forderungen mit aller Deutlichkeit in das öffentliche Bewußtsein tragen.

Der Vorstandssprecher wertete den starken Besuch als gutes Omen und zeigte sich insbesondere erfreut darüber, daß auch eine erkleckliche Anzahl Stadträte gekommen war. Das „Bürgerforum“ versteht sich, wie er betonte, als eine gemeinnützige Organisation ohne jeden politischen Hintergrund und ohne persönliche Interessensbildungen. Sie sei keine „Aktionsgemeinschaft der Sanierungsgeschädigten“. Gleichwohl schloß Dr. Burkhard die Möglichkeit nicht aus, daß der Verein — sofern er finanziell dazu in der Lage ist — privaten Hauseigentümern unterstützend beisteht, wenn es um die Erhaltung eines geschichtlich wertvollen Gebäudes geht. In diesem Zusammenhang appellierte er grundsätzlich an die Bereitschaft der Bevölkerung, die Ziele des Bürgerforums durch Spenden zu unterstützen.

Auf eine enge Zusammenarbeit mit allen staatlichen und kommunalen Stellen lege man selbstverständlich größten Wert, weil für die schwierigen Probleme nur auf gemeinsamer Diskussionsbasis eine vernünftige Lösung gefunden werden könne. Von einer heftigen Attacke gegen Oberbürgermeister Wächle, dem er unter anderem „falsches Modernitätssdenken“ vorhielt, distanzierte sich Dr. Burkhard später mit einer förmlichen Entschuldigung: er habe den OB keineswegs persönlich beleidigen

wollen. In der sachbezogenen Auseinandersetzung könne es indessen keine Kompromisse geben.

Über das Zustandekommen des Bürgerforums berichtete anschließend Stadtarchivar Dr. Peter Eitel, der dem vorbereitenden Ausschuß angehört hatte. Die eigentliche Gründungsversammlung, bei der eine Satzung (sie liegt jetzt gedruckt vor) beschlossen und ein aus fünf Personen bestehender Vorstand gewählt wurde, fand am 21. Februar statt. Mittlerweile hat das Bürgerforum, wie er mitteilte, mit dem Landesdenkmalamt Kontakt aufgenommen. Ende April oder Anfang Mai werden Vertreter dieser Institution bei einer öffentlichen Veranstaltung über das Thema „Denkmalschutz in Ravensburg“ sprechen. Dr. Eitel unterstrich, es sei nicht Absicht des Vereins, zu polemisieren. Er wolle vielmehr eigene konstruktive Ideen und brauchbare Alternativvorschläge erarbeiten, um weitere Bausünden zu verhindern. Insbesondere aber gelte es, den Sinn der Bürger für das Erhaltenswerte zu schärfen, man müsse in dieser Richtung erzieherisch wirken.

In der nicht allzu ausgedehnten Diskussion wurde auch die Frage aufgeworfen, ob bzw. in welcher Form das Bürgerforum sich in die gegenwärtige Kontroverse wegen der Baumaßnahme PH Weingarten einzuschalten gedente. Es herrschte die Ansicht vor in dieser Angelegenheit nicht aktiv zu werden, zumal auf Grund der Satzung der Verein ausschließlich für Ravensburger Belange zuständig ist.

Zu einer Anregung, die Stadt solle ihre Pläne für die Gestaltung der Brunnenanlage an der Karlstraße öffentlich zur Diskussion stellen, versicherte Dr. Burkhard,

man werde darauf drängen, daß dies geschieht. Laut Generalverkehrsplan soll, wie ein weiterer Sprecher betonte, die Altstadtumgehung an der Südseite des Hirschgrabens verlaufen. Er bat die Vorstandschaft, die genauen Planungsabsichten bei der Stadtverwaltung zu erkunden. Ferner müsse die Verwaltung Farbe bekennen, was sie mit dem oberen Teil des Hirschgrabens vor habe. Dr. Burkhard erklärte dazu, nach seinen Informationen erwäge man auf dem Rathaus auch die Möglichkeit, die Umgehung nicht über den Hirschgraben, sondern über die Rudolfstraße zu führen. Verbindlich bestätigte Dr. Eitel, der obere Hirschgraben werde auf keinen Fall zugeschüttet. Zur Frage, ob der Verein in Sachen Baugebiet Gänsbühl und Baumaßnahme Schussentstraße noch etwas unternehmen könne, meinte Burkhard, bei der Schussentstraße sei wahrscheinlich nichts mehr zu machen. Was die Gänsbühl-Bebauung betreffe, lägen noch keinerlei konkrete Entscheidungen vor. Er kündigte jedoch an, das Bürgerforum werde dieses Projekt scharf im Auge behalten, weil es eine Art Prüfstein darstelle.

Unter lebhaftem Widerspruch bekannte sich Stadtrat Hangleiter ausdrücklich zum Ausbau der Wilhelmstraße, den er mit Rücksicht auf den Umbau des Frauentorplatzes als unerlässlich bezeichnete: „Wenn Sie bereit sind, wieder mit dem Fahrrad zu fahren, dann können wir alles beim alten lassen.“ Nach seiner Ansicht hat das Beispiel Karlstraße bewiesen, daß moderne Verkehrsplanung nicht auf Kosten städtebaulicher Substanz zu gehen braucht. Eine wichtige Aufgabe des Bürgerforums erblickt Hangleiter indessen darin, beim Gänsbühl-Vorhaben auf eine Bebauung hinzuwirken, die dem Altstadtcharakter nicht ins Gesicht schlägt.

Am Schluß der Versammlung umriß das Vorstandsmitglied Architekt Alfons Locher nochmals kurz die Ziele des Forums und bat um ideale wie materielle Hilfestellung, vor allem auch um aktive, engagierte Mitarbeit weiter Bevölkerungskreise. Eine Spendenliste wurde in Umlauf gesetzt; die Zahl der Mitglieder erhöhte sich an diesem Abend immerhin auf 58. Sobald es noch mehr geworden sind, will sich das Bürgerforum auch einen Beirat zulegen.

Bürgerinitiativen - Chancen und Gefahren

Oberbürgermeister Wäschle nimmt zu Äußerungen beim „Bürgerforum Altstadt“ Stellung

Mit Interesse habe ich den Pressebericht („SZ“ vom 16. März) über die erste öffentliche Veranstaltung des „Bürgerforums Altstadt“ gelesen. Auch habe ich mir über den Verlauf der Veranstaltung berichten lassen. Beides gibt mir Veranlassung, zu einigen Fragen Stellung zu nehmen.

Bürgerinitiativen sind zur Zeit hochaktuell. Das ist grundsätzlich ein gutes Zeichen, denn es melden sich diejenigen zu Wort, für deren Interessen die öffentliche Hand eigentlich nur tätig sein darf. Es verdeutlichen sich die Ansichten, Vorstellungen und Wünsche des Bürgers. Das Gespräch Bürger — Verwaltung wird lebendiger, die Kontrolle über die Verwaltung verstärkt sich. Die Verwaltung wird zu mehr Offenheit im Planungs- und Entscheidungsprozeß gezwungen und anderes mehr.

Bürgerinitiativen bergen aber auch Gefahren in sich. Sie können politisch mißbraucht werden. Einzel- oder Gruppeninteressen können versuchen, sie für sich einzuspannen. Sie können auf die Organe der Stadt beträchtlichen Entscheidungsdruck ausüben, ohne Entscheidungsverantwortung zu tragen. Sie können mit populärer Gedankenführung allgemeine Zustimmung gewinnen, ohne sich der oft unpopulären Sachproblematik zu stellen. Es gibt noch mehr Gefahren dieser Art. Der Bürger sollte daran denken. Ich hoffe, daß die neue Bürgerinitiative die positive Wirkung erzielt, die ihr vorschwebt, und daß es ihr gelingt — auch wenn in Kürze rundum Kommunalwahlen ins Haus stehen — die möglichen Gefahren abzuwenden. Wir sind zu einer engen Zusammenarbeit bereit.

Da ich persönlich angegriffen worden bin („falsches Modernitätsdenken“), will ich ganz kurz meine Auffassung zur Frage der Erhaltung der Altstadt darlegen. Die Erhaltung der Altstadt in ihrer mittelalterlichen Struktur muß stets ein vorrangiges Ziel städtischer Politik sein. Es besteht aber nur dann Aussicht, dieses Ziel zu erreichen, wenn den Gefahren an der Wurzel begegnet wird. Die Gefahren kommen aus der Störung des Lebens in der Altstadt. Die Altstadt ist als Ausdruck eines blühenden kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens und im Streben nach einer gesunden öffentlichen Repräsentation entstanden. Dieses Leben ist heute durch viele negative Faktoren gestört: Überalterung von Bausubstanzen, ungesunder und unzulänglicher Zustand vieler Altbauwohnungen, soziale Umschichtungen, Ungleichgewichtigkeit in den wirtschaftlichen Chancen, Übermächtigkeit des Verkehrs, Vordringen geringwertiger Nutzungszwecke in bestimmten Bereichen, maßstabsprengende Anforderungen bestimmter Interessen, und ähnliches.

Die größte Gefahr für die Altstadt tritt dort auf, wo sich gesundes städtisches Leben zurückzieht und fragwürdigen Aktivitäten Platz macht oder einfach Verödung eintritt. Dort muß zuerst angesetzt werden, aber wie? Es gibt zweifellos viele gute Möglichkeiten eines Ansatzes: Zurückdrängung des Verkehrs. Schaffung von Fußgängerbereichen. Instandsetzung, Erneuerung und Neuschaffung von Wohnungen. Verbesserung der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Weckung des Interesses für private und öffentliche Investitionen. Schaffung von attraktiven Gemeinschaftseinrichtungen, Erweiterung kultureller und sozialer Angebote. Vermehrung von interessanten und liebenswerten städtebaulichen Details.

Jeder, der sich mit Maßnahmen dieser Art beschäftigt, weiß aber, daß sie alle sehr viel Geld kosten. Auf die Kommune kommt eine große Last zu, und dennoch ist sie nur ein Teil der Gesamtaufwendungen. Die Bürger müssen in größere Zahl bereit sein, selbst zu investieren. Investieren kann aber nur der, der über die entsprechenden Mittel verfügt oder mit entsprechenden wirtschaftlichen Erträgen rechnen kann. Nie-

mand steckt Geld hinein, wo es uninteressant ist, wo er gar nicht damit rechnen kann, daß wieder etwas dabei herauskommt. Das sind einige der Gründe, warum ich glaube, daß Maßnahmen zur Erneuerung der Altstadt an bestimmten Stellen notwendig sind, wenn wir verhindern wollen, daß die Altstadt in bestimmten Bereichen tatsächlich, nämlich durch Erlöschen städtischen Lebens, zerstört wird. Es muß nicht immer die Spitzhacke angesetzt werden, um Altstadtbereiche zu zerstören!

Wo kann nun Erneuerung im Altstadtbereich in Frage kommen? Ich meine

1. nur da, wo erhaltens- und schützenswerter Baubestand nicht vorhanden ist (Grundvoraussetzung), und
2. wo entweder eine Belebung zur Verhinderung von Verödungs- und Zerfallerscheinungen unbedingt notwendig ist, oder
3. wo durch Schaffung neuer Gemeinschaftseinrichtungen kultureller oder sozialer Art die Anziehungskraft der Stadt gestärkt werden kann,
4. wo bauliche Mißstände und vor allen Dingen ungesunde Lebensverhältnisse beseitigt werden müssen.

Für die Durchführung von Erneuerungsmaßnahmen halte ich folgende Grundsätze für richtig:

1. Einordnung in den mittelalterlichen Maßstab,
2. Unterordnung unter die wertvollen, historischen Baudenkmäler,
3. Struktur, Form und Detailausbildung müssen so sein, daß sich alt und neu zu einem Ganzen verbinden können.
4. Eine gekünstelte oder gar verlogene Anpassung an alte architektonische Formen (Nachäffung) sollte unterbleiben, denn sie stellt sich schnell als wertlos heraus.

Wenn wir so vorgehen, sehe ich gute Chancen für unser gemeinsames Ziel der Erhaltung der Altstadt, vor allem, wenn Maßnahmen dieser Art durch eine grundsätzliche Entscheidung der Stadt erleichtert werden. Zur Sicherung und Festlegung des erhaltens- und schützenswerten Baubestandes ist eine umfassende Altstadtsatzung notwendig, die im einzelnen für alle erhaltenswerten Bereiche die Bestimmungen trifft, die im Fall von Baumaßnahmen jeder Art zum Schutz der vorhandenen mittelalterlichen Struktur von jedermann beachtet werden müssen (mit den Satzungen für Teilbereiche kommen wir zu langsam voran!).

Wir wissen sehr gut, daß keineswegs alles geglückt ist, was bisher in der Altstadt unternommen wurde. Aber bedenken Sie bitte, daß es sich hier um äußerst schwierige Entscheidungsprozesse handelt. Argumente gehen leicht von der Hand, Kritik ist schnell geübt, wenn man die Verantwortung für die Entscheidung nicht trägt. Hier wünschen wir uns mehr Gerechtigkeit in der Beurteilung. Die Stadt hat zum Beispiel ein großes Renovationsprogramm in wenigen Jahren durchgeführt: Lederhaus, Waaghaus mit Blaserurm, Konzerthaus, Bruderhaus, dieses Jahr das Rathaus! Ein Ausruhen auf diesen Leistungen kommt nicht in Frage, aber sie sollten beachtet werden. Wir können nur hoffen, daß uns weder durch eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung noch durch eine verfehlte Finanzpolitik für die Kommunen die erforderlichen Mittel für die Fortsetzung des Renovierungsprogramms entzogen werden.

Wäschle Oberbürgermeister

Die Oberstadt ist zum Sterben verurteilt Nur ein Kaufhaus-Magnet kann sie retten

Alle Symptome eines sterbenden Stadtteils wurden am Dienstagabend der Oberstadt gerade durch diejenigen bescheinigt, die sich die Rettung dieses Stadtteils zur Aufgabe gemacht haben: die 1971 gegründete Förderungsgemeinschaft Oberstadt. In der sehr stark besuchten Mitgliederversammlung wurde mehrfach die Forderung an alle Beteiligten erhoben, das Sanierungsprojekt Gänsbühl zu beschleunigen mit dem Ziel, 1975 mit dem Bau des geplanten Kaufhauses (Karstadt) zu beginnen. Eile sei schon deswegen geboten, so wurde betont, weil die Oberstadt zusehends veröde und fast kein Monat vergehe, ohne daß nicht ein Geschäft schließe oder ausziehe. Demgegenüber wurden in der Diskussion Stimmen laut, die die Platzierung des Kaufhauses in der Roßbachmulde für falsch halten und es beispielsweise auf der Fläche besser platziert sähen, wo jetzt die alten Gebäude des Otto Maier Verlages stehen (zwischen Markt- und Burgstraße). Überaus aufschlußreich waren die Ergebnisse von Umfragen, die die Förderungsgemeinschaft durchführen ließ, waren aber auch die Verkehrsvorstellungen des Vereins für die Innenstadt und die Stellungnahmen, die Oberbürgermeister Wäschle und Oberbaurat Rohlfes zu den verschiedenen Komplexen abgaben.

Zu der Mitgliederversammlung, die im „Möhren“ abgehalten wurde, waren auch vier Stadträte, zwei Vertreter der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und Sprecher des heugegründeten „Bürgerforums“ gekommen. Sparkassendirektor Gerhard Jüngling der die Versammlung leitete, bedauerte, im Bericht über das abgelaufene Jahr nicht mit spektakulären Ereignissen aufwarten zu können, wünschenswert sei an Aktivität seitens der Vorstände nicht gefehlt habe. In zahlreichen Besprechungen und Verhandlungen habe man sich um die Forcierung des Sanierungsprojekts bemüht, habe eine Umfrage und eine Zählung durchgeführt und auf eine bessere Durchlässigkeit der Linie zwischen Ober- und Unterstadt hingearbeitet, was jetzt durch die Aufstellung einer Signalanlage bis zu einem gewissen Grad erreicht worden sei. Auch die „Umsetzung“ von Bewohnern des Sanierungsgebietes habe man tatkräftig unterstützt.

Sechs Objekte bereiten jetzt noch ernsthafte Schwierigkeiten bei den Vorbereitun-

gen zum Baubeginn, der wohl in das Jahr 1975 fallen werde. Auf jeden Fall seien die Verhandlungen mit dem Kaufhaus-Unternehmen durchweg positiv verlaufen. Jüngling appellierte an die sechs Hausbesitzer, sich um eine positive Einstellung zu dem Sanierungsvorhaben zu bemühen, denn von ihnen hänge die weitere Entwicklung eines ganzen Stadtteils ab. Ohne einen Kaufhausbau könne die Entwicklung der Oberstadt nicht nach oben gehen. Der Einzelhandel habe von der Existenz eines Kaufhauses nichts zu befürchten, zumal der Trend heute deutlich schon wieder zum gut sortierten Fachgeschäft gehe. „Schlimmer, als es jetzt ist, kann es für den Einzelhandel der Oberstadt auf jeden Fall nicht werden“ war die Schlussfolgerung Jünglings aus der Schilderung der heutigen Situation. Trotz intensiver Bemühungen habe die Förderungsgemeinschaft nur für drei Geschäfte der Oberstadt Mieter finden können.

Jüngling führte dann die Aufgaben und Ziele der Förderungsgemeinschaft an, um den Unterschied zu dem 1973 gegründeten Leistungsbund Ravensburg e. V. zu veranschaulichen. Beide seien selbständige Organisationen, lediglich habe die Förderungsgemeinschaft Oberstadt ihren Werbeausschuß in den Leistungsbund eingebracht. Damit wollte man gewissen Rivalitätsercheinungen zwischen Ober- und Unterstadt einen Riegel vorschieben. Der Ausschuß des Leistungsbunds sei aus diesem

Grund durch Geschäftsinhaber der Ober- und Unterstadt paritätisch besetzt. Jüngling schloß seinen Tätigkeitsbericht mit der erfreulichen Nachricht, daß 1973 und 1974 keine Beiträge von den Mitgliedern erhoben würden, nachdem aus den Beiträgen der Jahre 1971/72 und anderen Einnahmen noch ausreichend Betriebskapital vorhanden sei. Die Einnahmen beliefen sich 1973 auf 1877 DM, die Ausgaben auf 783 DM.

Apotheker Reinhold Nonnenbroich vermittelte in Verbindung mit den 1973 ermittelten Umfrage-Ergebnissen eine vorzügliche Analyse der Oberstadt-Situation, des Kaufverhaltens der Bevölkerung und der Wertschätzung, die Ravensburgs historische Bauten, Straßen und Plätze bei der Bevölkerung genießen. Über die nicht nur für die Oberstadtbewohner aufschlußreichen Ergebnisse der Umfrage wird demnächst noch gesondert in der „SZ“ berichtet. Die überaus freimütige Art und Weise, in der Nonnenbroich seine Ansichten darlegte, wirkte entwandend selbst dann, wenn er von den gegensätzlichen Auffassungen der jetzt bestehenden drei Bürgerinitiativen sprach und ankündigte, daß es ohne Auseinandersetzungen sicher nicht gehen werde. Im Interesse der Sache sollten die divergierenden Standpunkte intern koordiniert werden, so daß man der Verwaltung geschlossen gegenüberzutreten könne.

Dem Bürgerforum räumte Nonnenbroich wenig Chancen ein, weil seine Einstellung konservativ bestimmt sei und sein Handeln jeweils zu spät einsetze. Während das Bürgerforum den Schwerpunkt seiner Bemühungen auf die Historie lege, müsse die Förderungsgemeinschaft Oberstadt nach einer Synthese zwischen städtebaulichen und historischen Gesichtspunkten, zwischen einem ausgeglichenen Verhältnis von Wohn- und Geschäftswert, zwischen baulicher Harmonie und Nutzeffekt suchen. Ausdrücklich wandte sich Nonnenbroich gegen den Versuch des Hauses Oberpaur, seinen „spekulativen Grundbesitz“ im Gänsbühl als Bremsklotz zu benutzen, indem es keinerlei Anstalten mache, seine Mieter umzusetzen bzw. ihnen zu kündigen. Man müsse sich fragen, ob ein Unternehmen es sich erlauben könne, die Sanierungsbemühungen der Stadt auf diese Weise zu bremsen.

„Die Fußgängerzonen sind zu groß geraten“

Eingehend nahm dann Karlheinz Buchmüller zum neuen Gesamtverkehrskonzept „Stadtmitte Stellung“, dessen Plan im Saal aufgehängt war. Im wesentlichen konzentrierte sich seine Kritik auf die im Plan zu groß geratenen Fußgängerbereiche und auf die zu geringe Fläche für den ruhenden und fließenden Verkehr. („Wir können die Autos nicht im vorgesehenen Umfang ausparken, wir brauchen die Autos.“) So eigne sich der Gespinnstmarkt nach den aus anderen Städten vorliegenden Erfahrungen nicht als Fußgängerzone. Kritik übte Buchmüller auch an dem leidigen Dauerzustand, daß die Stellplätze der Innenstadt trotz Kontrollen und Strafen überwiegend von Dauerparkern belegt werden und auch der Gänsbühl-Parkplatz inzwischen zu einem Parkplatz des Otto Maier Verlags geworden und dadurch ebenfalls „dauerbelegt“ sei.

Als vordringlich bezeichnete Buchmüller die Restaurierung und Wiederverwendung des Kornhauses, möglicherweise unter Zuhilfenahme von Privatinitiative, die durch den Einbau kleiner Läden in das Erdgeschoss zu wecken wäre. Seine weiteren Vorschläge: Innenhöfe beleuchten und die Blumenkübel der Stadtgärtnerei der Pflege der Anlieger überlassen.

„Auch der Verwaltung fällt mal etwas ein, wenn man sie nur fordert“ stellte Oberbürgermeister Wäschle unter Hinweis auf das Verkehrskonzept Stadtmitte fest, das auf seinen Wunsch vom eigenen Stadtplanungsamt erarbeitet worden sei. Er räumte ein, daß man bei der Planung der Fußgängerzonen nicht so sehr an die Gegenwart als an die Zukunft gedacht habe und die Dimensionen daher für heutige Bedürfnisse zu groß ausgefallen seien. Die

Kornhaus-Renovierung könne nicht mehr lange zurückgestellt werden. Wenn man dort aber die Stadtbücherei unterbringen wolle, benötige man das ganze Haus und nicht nur das Obergeschoß, wie es der Vordränger vorgeschlagen hatte. Zur Renovierung des Kornhauses wären schätzungsweise drei Millionen DM erforderlich. Beim Sanierungsprojekt Gänsbühl komme es, so betonte Wäschle, entscheidend auf die städtebauliche Anpassung bzw. Einbindung in die historische Umgebung an, was eine sehr schwer zu lösende Aufgabe sei.

In der etwa einstündigen Diskussion ging es vorrangig um die richtige Platzierung des Kaufhauses im Altstadtbereich, um die Schaffung von Grün- und Erholungsflächen innerhalb der Stadtmauern, um das Platzverhältnis von Fahrzeug und Fußgänger, um die Gewichtsverteilung zwischen Markt- und Roßbachstraße sowie um Verkehrsfragen, zu deren besserem Verständnis Oberbaurat Rohlfes den neuen Verkehrsplan Stadtmitte erläuterte und feststellte, daß der Platz für ein weiteres Kaufhaus nur an der Peripherie, nicht im Zentrum der Altstadt sein könne. Auch auf die Möglichkeiten zur Schaffung von Grün- und Ruhebereichen ging er ein, um schließlich als künftigen Wochenmarktplatz den weiten Fußgängerbereich rund um das Rathaus vorzuschlagen.

Die Versammlung lief bei allen gegensätzlichen Akzenten in ungetrübter Harmonie. Toleranz beherrschte das Feld. Die Förderungsgemeinschaft lieferte den Beweis, daß sie es mit ihrer Aufgabe sehr ernst nimmt und daß ihre Aktivität nicht nur aus Worten besteht. Sie wird der Stadtverwaltung sicher noch manch wertvollen Dienst leisten können. ny

Bürgerforum: „Keine weltfremde Romantik“

Eine Stellungnahme der Vorstandschaft zu den Äußerungen von Oberbürgermeister Wäschle

„Die grundsätzlichen Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Wäschle in der SZ vom 19. März 1974 über Bürgerinitiativen und Denkmalschutz begrüßt das Bürgerforum Altstadt als Beweis für die Bereitschaft des Stadtoberhauptes, einen offenen und ernsthaften Dialog mit der Bürgerschaft über die Probleme zu beginnen, die die Öffentlichkeit besonders bewegen.“ So heißt es einleitend in einer Stellungnahme des Bürgerforums, die wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen.

„Mit Genugtuung haben wir von der Absicht erfahren, eine besondere Bausatzung für die Altstadt unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten zu erlassen. Da der Vorstand des Bürgerforums glaubt, in einigen Punkten von Herrn Wäschle mißverstanden worden zu sein, möchte er auf diese Punkte kurz eingehen. Wir betonen nochmals nachdrücklich, daß es uns nicht um Personen oder Parteien geht, sondern allein um die Sache. Unser Anliegen ist aber nicht, wie offenbar manche Mitbürger glauben, eine rein historische, weltfremd-romantische Konservierung der Altstadtsubstanz um jeden Preis. Bereits früher haben wir deutlich gesagt, daß es auch uns darum geht, eine sinnvolle Synthese zwischen Vergangenheit und Gegenwart, zwischen den über-

lieferten städtebaulichen Werten und den Notwendigkeiten einer Neu- bzw. Wiederbelebung der Altstadt herzustellen. Insofern fühlen wir uns auch einig mit den Zielen der Förderungsgemeinschaft Oberstadt.

Herr Oberbürgermeister Wäschle hat einige bemerkenswerte Worte zur Problematik des Verhältnisses zwischen privaten Bürgerinitiativen und öffentlichen Entscheidungsorganen (Verwaltung und Gemeinderat) gesagt. Daß hier ein natürliches Spannungsverhältnis vorhanden ist, ja sogar vorhanden sein muß, steht außer Frage. Die Tatsache freilich, daß die Entscheidungsverantwortung letztlich bei den öffentlichen Organen liegt, darf nicht bedeuten, daß der Bürger darauf verzichten sollte, auf Entscheidungsprozesse einzuwirken, zumal dann nicht, wenn er seine Belange durch die von ihm gewählten Vertreter im Gemeinderat in bestimmten Punkten nicht ausreichend gewahrt sieht.

Das Bürgerforum Altstadt ist sich mit Herrn Oberbürgermeister Wäschle darin einig, daß die bauliche Gestaltung im Altstadtbereich nach dem Prinzip der Einordnung in den mittelalterlichen Maßstab bzw. der Unterordnung unter die wertvollen historischen Baudenkmäler zu erfolgen hat. Zu fragen wäre allerdings, was der Ober-

bürgermeister unter „einer gekünstelten oder gar verlogenen Anpassung an alte architektonische Formen (Nachäffung)“ versteht, vor der er ausdrücklich warnt. Niemand will ja heute mehr neugotische Erker oder Fassaden bauen. Die Einpassung eines Neubaus in eine mittelalterliche Umgebung unter Verwendung traditioneller Bauelemente (z. B. Satteldächer, Sprossenfenster) muß keineswegs gekünstelt oder verlogen wirken. Die Einordnung in einen überlieferten baulichen Rahmen unter Verzicht auf modische Attribute ist allemal besser als der krampfhafte Versuch, innerhalb einer mittelalterlichen Straßenzeile um jeden Preis mit dem Formenschatz unserer Zeit aufzutrupfen.

Hier handelt es sich um Probleme, für deren Lösung Stadtverwaltung und Gemeinderat nicht kompetenter sind als jeder mündige Bürger. Hier gelangt man auch rasch an den Punkt, wo der Denkmalpfleger gehört werden sollte. Aus diesem Grund wird das Bürgerforum in den nächsten Wochen unter Mitwirkung des Landesdenkmalamtes einen öffentlichen Vortragsabend über „Denkmalpflege in Ravensburg“ veranstalten.“

Antrag der SPD-Fraktion: Altstadtbeirat bilden

Den Wunsch auf Bildung eines Altstadtbeirats als beratendes Gremium hat die Ravensburger SPD-Gemeinderatsfraktion in einem an Oberbürgermeister gerichteten Antrag vorgebracht. Dieser Beirat, dem nach Auffassung der Fraktion neben Gemeinderäten auch sachkundige Bürger — insbesondere Mitglieder des Bürgerforums, der Fördergemeinschaft Oberstadt und des Leistungsbundes — angehören sollten, wäre in allen Angelegenheiten der Altstadtsanierung und -gestaltung zu Rate zu ziehen. Erfreulicherweise, so heißt es zur Begründung des Antrags, nehmen die Bürger immer mehr Anteil an den Plänen für die Altstadtsanierung.

Neue Pläne für das Kornhaus Informationsabend mit OB Wäschle

Bei dem am kommenden Dienstagabend im Saal der Kreissparkasse Ravensburg stattfindenden Informations- und Diskussionsabend der Ortsgruppe Ravensburg-Weingarten des Schwäbischen Heimatbundes wird Oberbürgermeister Wäschle über den neuesten Stand der Überlegungen und Vorplanungen zur Gänsbühl-Sanierung (Oberstadt) berichten. Das Stadtoberhaupt wird auch zu neuen Plänen zum Ausbau des Kornhauses Stellung nehmen. Bei der Diskussion können auch andere Aspekte der Altstadt-sanierung zur Sprache gebracht werden. Das Bürgerforum Altstadt, die Förderungsgemeinschaft Oberstadt und der Leistungsbund Ravensburg sind zu dem Informationsabend besonders eingeladen worden. Anwesend sein wird übrigens auch der frühere Regierungspräsident W. Birn, Tübingen, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schwäbischen Heimatbundes.

Umstritten: Dachform, Verkehrsanbindung

Einsprüche gegen Bebauungsplan im Gemeinderat — SPD-Antrag: Stoppen, auf Gänsbühl warten

Gegen den vom Gemeinderat beschlossenen Bebauungsplan des Sanierungsprojekts Pfannenstiel sind während der öffentlichen Auslegung fünf Einsprüche („Bedenken und Anregungen“), mit einer Ausnahme von Anliegern, eingegangen. Sie lagen dem Gemeinderat am Montag zur Entscheidung vor, wurden aber zurückgewiesen. In einigen Punkten soll trotzdem eine nochmalige Überprüfung vorgenommen werden. Der Satzungsbeschluss wurde gegen sechs Stimmen der SPD-Fraktion gefasst, für die Stadtrat Rückstieß während der Beratung beantragt hatte, das Projekt Pfannenstiel so lange zu stoppen, bis auch das Sanierungsprojekt Gänsbühl in Angriff genommen werden kann, um das Ungleichgewicht zwischen Ober- und Unterstadt sich nicht weiter zum Nachteil der Oberstadt entwickeln zu lassen. Den breitesten Raum in der Beratung nahm die künftige Gestaltung der Dachformen des Projekts Pfannenstiel sowie dessen Verkehrsanbindung ein. Der Antrag von Stadtrat Dr. Mattes, das Verkehrsproblem noch einmal zu überprüfen und zu diesem Zweck eine Ortsbesichtigung vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Dabei geht es in erster Linie um die Frage, ob die Ziegelstraße nach Norden tatsächlich geschlossen werden soll und ob die Zwergerstraße in der Lage sein wird, den gesamten Zu- und Abfahrtsverkehr zusätzlich aufzunehmen. Einstimmig wurde auch der Antrag akzeptiert, daß die Baupläne vor ihrer Genehmigung dem Technischen Ausschuss des Gemeinderats vorgelegt werden sollen.

auf die Verkehrsproblematik und auf die Frage, ob nicht durch ein Zuviel an Supermärkten bzw. an Kaufhäusern der ansässige Einzelhandel an die Wand gedrückt und um seine Existenz gebracht werde. Vom Bürgerforum Altstadt war der Vorschlag eingegangen, die Gebäudemassen weiter nach Süden und damit weiter weg von Unter- und Krankenhaus zu verlegen.

Um den Eindruck eines „großen, platten Kuchens“ zu verhindern, sollte sich nach Ansicht von Stadtrat Burk (CDU) die Dachlandschaft an das bestehende Stadtbild anpassen, und das nicht nur entlang der Olga- und Meersburger Straße. Auch Stadtrat Manfred Miller (CDU) rief das Bild vor Augen, später bei einem Blick von der Veitsburg aus in zunehmendem Ausmaß auf kahle Stein- bzw. Betonflächen zu schauen. Daran vermochten Dachschrägen kaum etwas zu ändern. Oberbaurat Rohlfes machte jedoch darauf aufmerksam, daß im Prinzip Flachdächer für diesen Bereich vorgeschrieben seien. OB Wäschle ließ in diesem Zusammenhang keinen Zweifel daran, daß der Pfannenstiel nicht mehr zur Altstadt gehöre. Diese Frage war von den Stadträten Dörr (CA) und Ballarin (SPD) aufgeworfen worden.

Stadtrat Rückstieß gab den einstimmigen Beschluss der SPD-Fraktion bekannt, wonach verhindert werden müsse, daß das Pfannenstiel-Projekt vor dem Gänsbühl-Projekt verwirklicht werde, und zwar mit Rücksicht auf die Verdünnungserscheinungen in der Oberstadt, in der während der letzten Jahre mehr als 30 Geschäfte aufgehört hätten oder weggezogen seien. Von den freigewordenen Räumen hätten aber nur 16 wieder vermietet werden können. Grundsätzlich habe die SPD-Fraktion nichts gegen das Pfannenstiel-Projekt, aber seine Zurückstellung liege im öffentlichen Interesse.

Zu dem Einspruch des Eigentümers des Hauses Erb, sein (relativ neues) Haus werde durch das Pfannenstielprojekt ausraidiert, vertrat das Bauamt die Auffassung, er (Erb) sei bereits 1959 gewarnt worden mit dem Hinweis, daß mit baulichen Veränderungen in diesem Gebiet zu rechnen sei. Außerdem habe es damals einen qualifizierten Bebauungsplan noch nicht gegeben. Dem hielt der Einsprecher die damalige Auskunft des Hochbauamts entgegen, für dieses Gebiet lägen keine Hochbaupläne vor.

Die Lebensmittelgroßhandelsfirma Kühnle wandte sich vor allem gegen die Absicht, die Ziegelstraße nach Norden zu schließen und statt dessen eine Wendeplatte einzurichten. Das bedeute für sie, die täglich von 25 bis 30 Lastwagen und Lastzügen angefahren werde, eine außerordentliche Benachteiligung. Das Bauplanungsamt betrieb sich jedoch auf das Büro Schaechterle, das die Schließung der Ziegelstraße für unumgänglich hält. Im übrigen werde die Wendeplatte mit einem Radius von 20 Metern so groß sein, daß auch Lastzüge wenden könnten. Dem Einwand von Frau G. Richter, Olgastraße 6, daß die Baulinie bis an die Grundstücksgrenze heranreiche, wurde entgegengehalten, daß das Erdgeschoss und das erste Obergeschoss um zehn Meter zurückgesetzt würden. Von der Eigentümerin des Gebäudes Meersburger Straße 5 war die angekündigte Begründung ihres Einspruchs nicht eingetroffen, so daß eine Behandlung entfiel.

Der fünfte Einspruch war von dem im Sonnenbüchel wohnhaften Hermann Ballarin eingegangen. Auf fünf Seiten brachte er eine ganze Reihe von Beanstandungen vor, machte aber auch eigene Vorschläge, die

sich mit der Planung, der Gebäudehöhe, der Gebäudenutzung, der Dachform und der Geschosflächenzahl befaßten.

OB Wäschle wies darauf hin, daß der Bebauungsplan sowohl mit dem Landesdenkmalamt als auch mit allen in Frage kommenden Behörden abgesprochen worden sei. Für die anschließende Debatte gab OB Wäschle zu bedenken, daß man zweckmäßigerweise über die Nutzung und Höhe der Gebäude sowie über die Dachform noch eingehend sprechen sollte. Oberbaurat Rohlfes wies auf die unterschiedliche Höhe der Gebäudeteile von 12 bis 20 Metern hin und schlug entsprechend dem Wunsch des Landesdenkmalamtes vor, an den Gebäuden Dachschrägen anzubringen. Im übrigen sollten die Einsprüche zurückgewiesen werden, was dann in der Beschlussfassung auch geschah.

An der Debatte beteiligte sich ein Großteil der Stadträte. Ihre Bedenken und Fragen konzentrierten sich auf vier Hauptpunkte: auf die Dachform, auf die Nutzung,

Gegen Bebauung im „Wasserwaagen-Stil“

Stadträtin Ballarin (SPD) bezog sich auf die am Samstag in der SZ erschienene Anzeige eines Supermarktes und erkundigte sich, ob etwa im Pfannenstiel ein solches Unternehmen geplant sei. Der Verdacht wurde mit dem Hinweis von Stadtrat Wurm (CDU) entkräftet, daß im Erdgeschoss der beiden Baukörper des ersten Bauabschnitts Verkaufsflächen von 80 bzw. 1200 qm vorhanden seien und die größte der bisher zur Vermietung vorgesehenen Flächen 300 qm betrage. (Zum Vergleich: Kaufhaus X hat 3000, Kaufhaus Oberpaur 4000 qm.) Das gesamte Projekt Pfannenstiel wird eine Verkaufsfläche von annähernd 5000 qm aufweisen. Möglicherweise wird davon ein erklecklicher Teil auch für Veranstaltungszwecke verwendet werden.

In diesem Zusammenhang wurde von Stadtrat M. Miller (CDU) die Bedürfnisfrage aufgeworfen. Dem Vernehmen nach hege das Kaufhaus Karstadt im Gänsbühl eine jährliche Umsatzerwartung von 40 Millionen DM. Wenn dann auch noch ein Supermarkt in den Pfannenstiel komme, bestehe die berechtigte Frage, ob man nicht am Bedarf vorbei investiere, wie man dies auf dem Sektor Wohnungsbau im Burach-Ost getan habe. Die Stadt sollte sich nicht allein auf das Standortgutachten der Firma Karstadt stützen.

Der von Stadtrat Rückstieß geäußerte Verdacht, mit dem Pfannenstiel sei es deswegen schneller vorangegangen als im Gänsbühl, weil es sich hier um ein privates Projekt handelt, wurde von OB Wäschle zerstreut mit dem Hinweis, die Situation in den beiden Sanierungsgebieten sei völlig verschieden. Die Tatsache, daß im Gänsbühl weitaus mehr Parzellen vorhanden seien, mache das Verfahren des Grundstückser-

werbs von vornherein schwieriger und zeitraubender. Außerdem sei das Projekt Pfannenstiel Jahre vorher in Angriff genommen worden. Ein wesentlicher Unterschied bestünde auch darin, daß im Pfannenstiel vorläufig nur ein erster Bauabschnitt in Angriff genommen werde, der im Volumen weitaus geringer sei als im Gänsbühl.

Wiederholt setzte sich Dr. Mattes (FDP) für eine Änderung der vorgesehenen Verkehrslösung ein mit der Begründung, daß die Zwergerstraße als Stauraum vor der Signalanlage schon jetzt weitgehend ausgelastet und nicht in der Lage sei, den Zufahrts- und Abfahrtsverkehr des Pfannenstiel-Komplexes aufzunehmen. Aus diesem Grund müsse ernstlich überlegt werden, ob man nicht doch die Ziegelstraße nach Norden offen lassen müsse. Der Verkehrsingenieur (Schaechterle) habe es sich mit diesem Vorschlag zu leicht gemacht.

Wiederholt wurde von Stadträten der Vorschlag einer Ortsbesichtigung gemacht, wurde aber auch darauf hingewiesen, daß die Nähe zur Altstadt die Bebauung des Pfannenstiels zu einer besonders diffizilen Aufgabe mache. Keinesfalls dürfe man, wie sich Stadtrat Sauter (CDU) ausdrückte, im Wasserwaagen-Stil, also nur mit Waagrecht- und Senkrechtlinien, bauen. Den Vorschlag von Stadtrat Stanecker (SPD), ein Modell anzufertigen, versprach OB Wäschle zu verwirklichen. Gegen eine Kulissen-Architektur bezüglich der Dachgestaltung wandte sich Stadtrat Riempff (SPD), nach dessen Auffassung man sich klar entweder für das Flachdach oder das geneigte Dach entscheiden solle. Die einleitend erwähnten Beschlüsse wurden nach nahezu zweistündiger Beratung gefasst.

Aktuelle Stadtnachrichten

Denkmalamt-Vertreter über Ravensburger Altstadtprobleme

Einen Informationsabend von allgemeinem öffentlichen Interesse veranstaltet das „Bürgerforum Altstadt Ravensburg“ am Montag, 27. Mai, um 20 Uhr im Saal der Kreissparkasse. Dr. Hubert Krins vom Landesdenkmalamt, Außenstelle Tübingen, wird sich in einem Lichtbildervortrag mit dem neuerdings wieder besonders aktuell gewordenen Thema „Die Ravensburger Alt-

stadt: gestern, heute — morgen?“ befassen. Der Redner erläutert sowohl allgemeine Probleme der Denkmalpflege als auch das neue Denkmalschutzgesetz am Beispiel der Ravensburger Altstadt. Nach dem Vortrag besteht Gelegenheit zur Diskussion.



Lichtbildervortrag

**„Die Ravensburger Altstadt:
gestern, heute – morgen?“**

**Es spricht Dr. Krins,
Landesdenkmalamt Tübingen.**

**Montag, 27. 5. 1974, um 20 Uhr
im Saal der
Kreissparkasse Ravensburg.**

Eintritt frei!

Aktuelle Stadtnachrichten

Dias von Alt-Ravensburg beim Bürgerforum-Vortragsabend

Das Bürgerforum Altstadt Ravensburg veranstaltet, wie schon angekündigt, am kommenden Montag um 20 Uhr im Saal der Kreissparkasse einen Informationsabend mit dem Thema „Die Ravensburger Altstadt: gestern, heute — morgen?“ Redner ist Dr. Hubert Krins von der Tübinger Außenstelle des Landesdenkmalamtes. Für den Vortrag wurde eigens eine Lichtbilderserie zusammengestellt. Unter Verwendung alter Aufnahmen aus der Sammlung Zittrell — vom Stadtarchiv zur Verfügung gestellt — wird es möglich sein, das alte Ravensburg wieder aufleben zu lassen und es dem Heute

gegenüberzustellen: Das Bürgerforum möchte mit diesem Vortrag seine Ziele und Absichten einer breiteren Öffentlichkeit nahebringen. Nach dem Referat von Dr. Krins ist bei einer Diskussion Gelegenheit zu fruchtbarem Meinungsaustausch gegeben.

Bausünden in der Innenstadt angeprangert

Dr. Hubert Krins: Negative Beispiele in Fülle — OB: Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen

„Es ist nicht fünf Minuten vor zwölf, es hat bereits angefangen, zwölf zu schlagen.“ Für den Kunsthistoriker Dr. Hubert Krins von der Außenstelle Tübingen des Landesdenkmalamtes kann die Antwort auf die Frage, ob die Ravensburger Altstadt noch eine Chance hat, ihr historisches „Gesicht“ zu wahren, „gar nicht pessimistisch genug ausfallen.“ Vor dem Bürgerforum Altstadt Ravensburg prangerte der Fachmann in einem gutbesuchten Vortrag im Kreissparkassensaal schonungslos Bausünden der letzten Jahre im Innenstadtbereich an. Dr. Krins, der mit knallharter Kritik nicht hinter dem Berge hielt, befürchtet, daß der im Gang befindliche Umwandlungsprozeß der unverwechselbaren Ravensburger Altstadt in eine Dutzend-City sich in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Oberbürgermeister Karl Wäschle betonte im Anschluß an seinen Vortrag, man müsse aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Der OB bezeichnete es als vordringlich, eine verbindliche Ortsbauszustimmung für den gesamten Innenstadtbereich zu erteilen, um die künftige bauliche Entwicklung besser in den Griff zu bekommen. Notwendig ist laut Wäschle außerdem eine Überarbeitung der Werbesatzung, um die ausufernde Reklame in erträglichen Grenzen zu halten.

Zu Beginn dieser ersten größeren Veranstaltung des Bürgerforums hatte Dr. Hans Burkhard vom Vorstand außer dem Oberbürgermeister auch eine Reihe von Stadträten, leitende Fachleute der zuständigen Baubehörden und eine Anzahl Architekten begrüßen können. Vertreten waren auch der Schwäbische Heimatbund, die Fördergemeinschaft Oberstadt und der Leistungsbund. Dr. Hubert Krins zeigte zu seinem Vortrag Diapositive, die im ersten Drittel dieses Jahrhunderts bzw. in jüngster Zeit in der Ravensburger Innenstadt aufgenommen worden waren und den baulichen Wandel deutlich werden ließen. Oskar Weiss und seine Tochter Lucinde, Vorstandsmitglied beim Bürgerforum, hatten diese wirklich vorzügliche Diaserie zusammengestellt unter Verwendung alter Aufnahmen aus der Sammlung Zittrell, die das Stadtarchiv zur Verfügung gestellt hatte.

Die Kommentare, die Dr. Krins dazu lieferte, ließen — wie erwähnt — an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Als rundum gelungene Beispiele der Altstadt-Sanierung zählte er lediglich das Waaghaus mit Blaserturn, die Untere Mang (Apotheke Vetter) und das „Alte Lädlele“ auf. Im übrigen aber hatte er eine Menge auszusetzen, beispielsweise an der Humpischschule („Musterbeispiel für völlige Entstellung eines alten

Klostergebäudes“). Diese Gebäude hat seiner Meinung nach durch großflächige Fenster ohne Sprossen, die im Zuge der Renovierung geschaffen wurden, sehr an Wirkung eingebüßt. Auch für eine Reihe von Privathäusern, die in den letzten Jahren mit gewiß nicht geringen Kosten renoviert worden waren, hatte der Redner zum Teil bissige Bemerkungen parat („Bravourstück architektonischen Kahlschlags“, „optische Umweltverschmutzung“). Negative Beispiele, entstellte Hausfassaden gebe es in Ravensburg in Fülle.

In seiner Kritik bezog Dr. Krins beispielsweise auch den Brunnen bei der Liebfrauenkirche ein, ebenso die Mariensäule und das Westportal des Gotteshauses. „Warum konnte dieses Portal nicht so bleiben, wie es Baumeister Kades im vergangenen Jahrhundert geschaffen hat? Die heutige Kupferblechüre wirkt öde und leer.“

Das Stadtbild, so befand Dr. Krins, ist an vielen Stellen dürrer, reizloser geworden. Neubauten haben oft keine Beziehung zu alten Nachbargebäuden. In den Kaufhaus- und Parkhaus-Neubauten in der Unterstadt erblickt der Kunsthistoriker die Keimzelle für eine großstädtische Umstrukturierung der Altstadt. Selbst gelungene Neubauten lassen seiner Ansicht nach den Verlust des Alten schmerzlich spüren.

Als gelungen bezeichnete Dr. Krins den Neubau der Allgemeinen Rentenanstalt, was die Gebäudefront zum Marienplatz hin betrifft, während er die Fassade an der Roßstraße für fragwürdig hält. Der Neubau der Nordstadtschule auf dem Kuppelnauplatz paßt seiner Ansicht nach schlecht zu zwei unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden an der Kuppelnauplatzstraße.

Zusammenfassend stellte der Redner fest, die Bilanz der baulichen Veränderungen in der Altstadt gerate „fast in die Nähe eines Konkursverfahrens“. Als Hauptsünden zählte er auf: aufgebrochene Erdgeschosse, unförmige Dachaufbauten, falsche Dachmaterialien, Abschlagen von Fassaden-

schmuck, nicht passende Erdgeschoß-Verkleidungen, schlecht proportionierte Fenster ohne Sprossen, überdimensionierte Werbeanlagen (besonders in der Bachstraße).

Die selbst gestellte Frage, was das Landesdenkmalamt dagegen getan habe, beantwortete der Redner mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß die Ravensburger Altstadt als Gesamtanlage nicht geschützt sei. Die Denkmalpflege könne nur punktuell eingreifen. Lediglich 68 Gebäude der Innenstadt (7,5 Prozent) stehen unter Denkmalschutz. Der Stadt warf Dr. Krins vor, sich bis heute noch nicht offiziell vom „Altstadterstörungsplan“ von Professor Schweizer (Stuttgart) distanzieren zu haben. Die Verwirklichung der Pläne Schweizers würden die Vernichtung der Altstadt bedeuten. Der Redner empfahl, nach dem Vorbild von Tübingen ein Sonderamt für Altstadtsanierung in Ravensburg zu schaffen.

Oberbürgermeister Karl Wäschle betonte in seiner Ansprache, der Vortrag von Dr. Krins sei „sehr hart ausgefallen, auch da, wo wir milder gestimmt waren“. Wenn er Wäschle, auch nicht alles Gesagte akzeptiere, so stimme er doch grundsätzlich zu. Allerdings, so schränkte der OB ein, sei es für eine Fachbehörde wie das Landesdenkmalamt wesentlich einfacher, Kritik zu üben. Das Amt trage nicht die Verantwortung für schwierige Entscheidungen in Sachen Altstadtsanierung, bei denen viele Interessen berücksichtigt und zum Ausgleich gebracht werden müssen.

Der Oberbürgermeister rief die Zuhörer und darüberhinaus alle Bürger der Stadt dazu auf, die größten Anstrengungen zu machen, um gemeinsam die überkommenen Werte so gut wie möglich zu erhalten. Die Stadt begrüße es sehr, daß sich immer mehr Bürger für die Altstadt-Sanierung interessieren, entsprechende Vorträge besuchen und ihren Blick schärfen. Bei der Diskussion dürfe es aber nicht bleiben. Im Rathaus wolle man der Mitarbeit der Bürger in diesen Fragen einen Weg öffnen. Sie sollen an den Beratungen beteiligt werden. So sei vorgesehen, einen Altstadteirat nach der Hauptsatzung zu schaffen. Für die Erörterung von Fragen im Zusammenhang mit der Gänsbühl-Sanierung soll ein Gesprächskreis gebildet werden, dessen Aufgabe darin bestehen wird, gute Lösungen anzustreben.

Vor wenigen Tagen hat bereits ein Gespräch zwischen OB Wäschle und dem Vorstand des Bürgerforums stattgefunden, wie Hans-Ulrich Dreher vom Vorstand bekanntgab. Es sei positiv verlaufen.

Den Vorträgen im Kreissparkassensaal schloß sich eine Diskussion an, auf die wir noch zurückkommen werden. gp

Ein Denkmalpfleger saß zu Gericht

Wochenend-Splitter — rund um den Mehlsack aufgelesen

So deutlich hat den Ravensburgern noch keiner gesagt, daß sie bei der Altstadtsanierung bisher oft keine glückliche Hand hatten. Unverblümt führte der Tübinger Denkmalpfleger und Kunsthistoriker Dr. Hubert Krins vor dem Bürgerforum gewissermaßen Bausünden am laufenden Band vor Augen, die den historischen Stadtkern in den Jahren des jetzt zu Ende gegangenen Baubooms zu seinem Nachteil verändert haben. Vor dem strengen Blick des beamteten Denkmalpflegers bestand an diesem Abend nur Weniges. Selbst Hausbesitzer die sich in den letzten Jahren bemüht hatten, durch sorgfältige und gewiß nicht billige Renovation den Charakter ihres alten Hauses zu erhalten und womöglich noch besser zur Wirkung kommen zu lassen, bekamen Kritik zu hören.

Man muß dem Puritaner vom Landesdenkmalamt bescheinigen, daß er in vielen Punkten recht hat. Er drückte nur in treffenden Worten aus, was der Laie unbewußt empfindet, wenn er das Ergebnis so mancher architektonischen Pfuscharbeit betrachtet. Oberbürgermeister Karl Wäschle pflichtete Dr. Krins denn auch grundsätzlich bei, allerdings mit der Einschränkung, daß es viel leichter ist, aus der Sicht einer Fachbehörde zu kritisieren, als eine Entscheidung über eine Sanierungsmaßnahme zu treffen, bei der nicht nur der Gesichtspunkt

eines möglichst guten Denkmalschutzes zu beachten ist, sondern eine Vielzahl von Interessen unter einen Hut gebracht werden müssen.

Genau an diesem Punkt liegt nämlich der Hase im Pfeffer. Stadtrat Albert Hangleiter schnitt die Problematik ebenfalls an, als er in der Diskussion feststellte, bei der Altstadtsanierung müsse man auch wirtschaftliche Gesichtspunkte gelten lassen. In der Tat: Was nützt eine noch so stilgerecht sanierte Altstadt, wenn sich darin das geschäftliche Leben unserer Tage nicht entfalten kann? Ohne pulsierende Wirtschaft ist die Altstadt zum Sterben verurteilt, sie verödet zum Freilichtmuseum. Die Belange der Geschäftswelt und des Denkmalschutzes müssen also irgendwie auf einen Nenner gebracht werden, es fragt sich nur, wie. Das Problem gleicht der Quadratur des Kreises, oder ist es am Ende doch befriedigend lösbar?

Einige Hinweise, die Dr. Krins an diesem Abend gab, machten deutlich, wie sich die Denkmalpfleger die Sache vorstellen. Der Redner hatte zum Beispiel kritisiert, daß in der Ravensburger Altstadt wertvolle Altbauten optisch gewissermaßen ihres Erdgeschosses beraubt wurden, indem man das Mauerwerk herausbrach und es durch Schaufensterfronten ersetzte. Ergebnis: So ein Haus scheint in der Luft zu schweben,

es wirkt nicht mehr ausgewogen. Auf die Frage von Stadtrat Heinz Wurm, wie er sich denn ein Erdgeschoß vorstelle, das zugleich kaufmännischen und denkmalpflegerischen Gesichtspunkten gerecht wird, antwortete Dr. Krins, gegen Schaufenster habe er dann nichts einzuwenden, wenn so ein Gebäude wenigstens Pfeilerhafte Füße behalte. Als Beispiel dafür, daß beide Aspekte in Einklang zu bringen sind, führte er die Apotheke Vetter in der renovierten Unteren Mang an. Daß die Einnahmen dort zurückgehen könnten, nur weil die Fassade im Erdgeschoß bei der Renovierung stilecht wiederhergestellt wurde, könne er sich nicht vorstellen.

Interessant war an diesem Abend, daß der Tübinger Denkmalpfleger auffallend schonend mit den Baumeistern des 19. Jahrhunderts umging, von denen er einige sogar lobte. Bisher war man gewohnt gewesen, in den baulichen Zeugnissen zumal des späten 19. Jahrhunderts und der ersten Jahre dieses Jahrhunderts nichts Wertvolles zu sehen. Hier hat sich in jüngster Zeit offenbar ein Wandel der Beurteilungsmaßstäbe vollzogen. Es war Stadtarchivar Dr. Peter Eitel, der in der Diskussion an dieser Stelle einhakte und darauf hinwies, daß nicht nur unsere Zeit, sondern auch das 19. Jahrhundert beispielsweise in der Marktstraße manche Bausünde begangen hat. Dr. Eitel vermißte eine diesbezügliche Kritik des Referenten, der dazu lediglich erklärte, das 19. Jahrhundert habe zwar auch Fehler gemacht, aber nicht so hart wie die Gegenwart in die vorhandene Bausubstanz eingegriffen. Das Argument Dr. Eitels, der die

Unterstadtsanierung mit dem Hinweis verteidigt hatte, auch früher sei die bauliche Erneuerung vom Rand der Altstadt aus erfolgt, ließ Dr. Krins so nicht gelten.

Oberbürgermeister Wäschle wollte den Pessimismus nicht teilen, mit dem der Denkmalpfleger die bauliche Gestaltungskraft unserer Zeit beurteilt. Nach Meinung des OB sollte man nicht von vornherein davon ausgehen, daß die schöpferische Kraft dieser Generation nicht ausreicht, etwas Vernünftiges oder gar Schönes zustande zu bringen. Nicht jeder Versuch einer schöpferischen Tätigkeit dürfe unterbunden werden.

Daß der Denkmalpfleger und sein Kollege kein Patentrezept für die bauliche Gestaltung des Gänsbühl vorweisen konnten, sei am Rande vermerkt. Die Antwort auf eine diesbezügliche Frage von Stadtrat Hangleiter fiel recht mager aus. Klar wurde lediglich, daß die Tübinger vor allem etwas gegen zu große Dachflächen haben.

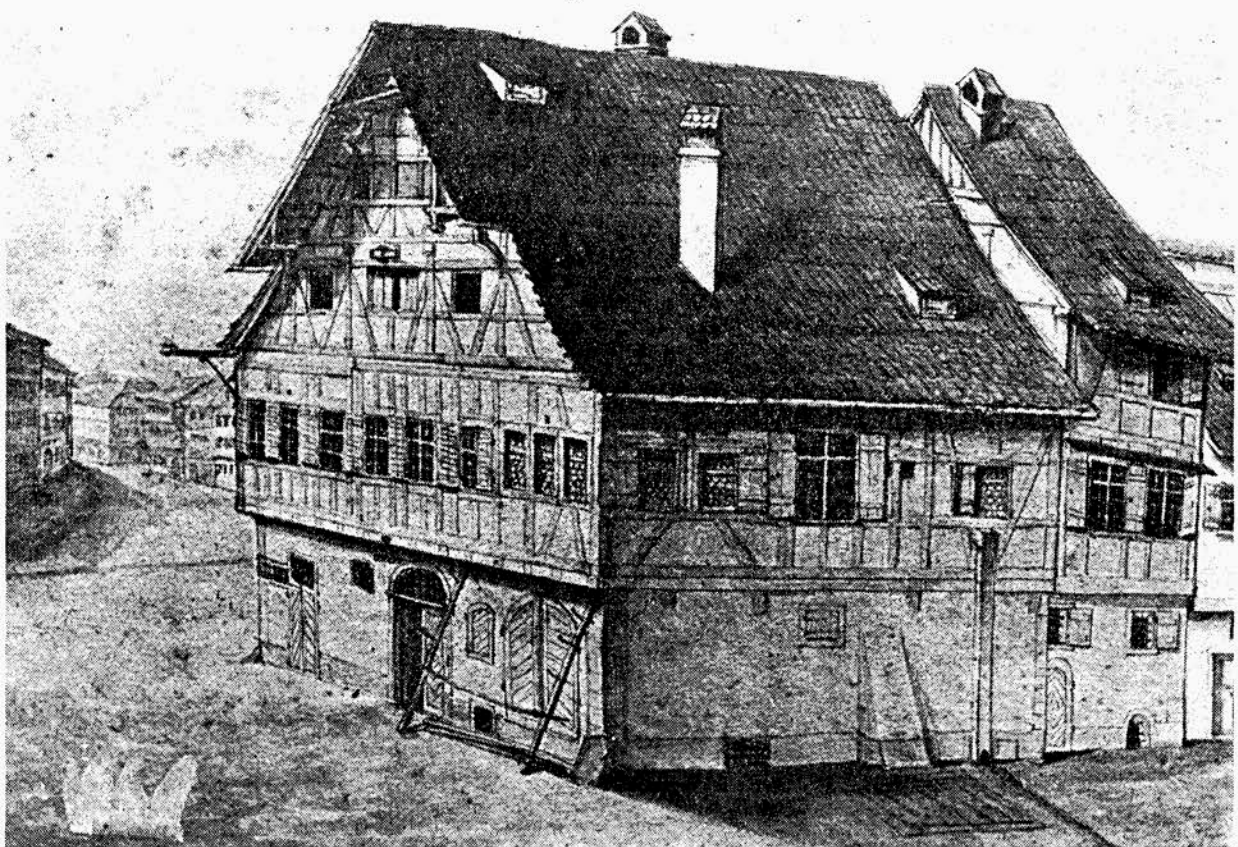
Zweifellos ins Schwarze traf Architekt Alfons Locher vom Vorstand des Bürgerforums, als er in seinen Schlußworten feststellte, alles, was wir heute an Bauwerken der Vergangenheit bewundern, habe seinen Ursprung und Kern im Geistigen. Das geschlossene Weltbild der Altvorderen habe auch ein geschlossenes Stadtbild zur Folge gehabt. Heute sei der Materialismus die geistige Grundlage und entsprechend werde gebaut.

Nervenkitzel besonderer Art verspricht heute abend, morgen und am Montag die Hochseilartistengruppe Stey zu bieten. Zur

Spitze des Blaserturms hat sie ein 500 Meter langes Drahtseil gespannt und will darauf waghalsige Kunststücke vorführen. Viele Ravensburger der älteren Generation werden sich ähnlich spektakulärer Ereignisse erinnern haben, als sie in der gestrigen Ausgabe die Ankündigung der Veranstaltung lasen. Vor Jahren hatte die weltberühmte Traber-Truppe in Ravensburg gastiert und ebenfalls ein Seil zur Blasersturmspitze gespannt. Damals kam es zu einem Unglücksfall, der Stadtgespräch war zum Glück jedoch letztlich noch glimpflich abging.

Einer der Höhepunkte des Programms der Traber-Truppe war eine Motorradfahrt auf dem Drahtseil. Mit dem Motorrad fest verbunden war ein darunter befindliches Trapez, an dem ein Artist atemberaubende Kunststücke vorführte, während der Mann oben die Maschine bediente. Am Giebel des Seelhauses, wo der Heilige Christophorus abgebildet ist, passierte es: Weil das Seil zu stark durchhing, prallte das Trapez-Gestänge gegen eine steinerne kugelförmige Verzierung des Giebels, daß die Funken nur so aufstoben. Der Artist am Trapez stürzte rund zehn Meter zu Boden, während es dem zweiten Mann gelang, sich an dem Motorrad festzuklammern, das nach unten gekippt war, jedoch am Seil hängenblieb. Wochenlang lag der Abgestürzte in Ravensburg im Krankenhaus. Obwohl er zunächst in Lebensgefahr geschwebt hatte, kam er schließlich davon.

Bleibt nur zu hoffen, daß diesmal alles glatt geht. Nerven haben diese Leute offenbar keine. Kiebitz



Eines der schönsten Beispiele dafür, wie sich historische Gebäude stilgerecht wiederherstellen lassen, bildet das prächtige Fachwerkhaus von Apotheker Vetter an der Ecke Marienplatz/Grüner-Turm-Straße. Einst diente diese „Untere Mang“ (der Ausdruck „Mang“ bezeichnete im altdutschen Sprachgebrauch eine Glättwalze) als öffentliche Einrichtung für das Glätten und Färben von

Tuchen, die von den Webern in Heimarbeit hergestellt wurden. Unsere zeitgenössische Zeichnung zeigt das Gebäude, das im ältesten Ravensburger Ratsdenkbuch erstmals 1533 erwähnt ist, in seinem einstigen Zustand. Man erkennt die ausdrucksvolle Fachwerkfassade und das markante Giebeldach – heute wie damals eine Zierde der ganzen dortigen Umgebung. Foto: Myrzik

OB Wäschle „Auch das Denkmalamt kann irren“

Zehnköpfiger Beirat für Altstadtanierung

Fünf von zehn Mitgliedern sind Stadträte – Auch „Gesprächskreis“ für Gänsbühl-Sanierung gebildet

Die kontroversen Auffassungen über die optimale Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten und ökonomischen Erfordernissen moderner Handelspraxis bei der Altstadt-Sanierung haben in den vergangenen Jahren wiederholt Angriffe auf Personen und Instanzen ausgelöst. Sie werden auch in der Zukunft kaum zu vermeiden sein, denn ohne schmerzhaften Prozeß lassen sich Mittelalter und Neuzeit architektonisch nicht auf einen Nenner bringen. Mit dem am Montag vom Gemeinderat beschlossenen Altstadtbeirat kann man indessen die Hoffnung verbinden, daß sich Kompromisse ohne allzu schroffe Konfrontation, vielleicht sogar in gütlichem Einvernehmen finden lassen. Wie der Name sagt, soll der Beirat eine beratende Funktion bei der Aufstellung einer Altstadtsatzung, bei der Planung von Bauvorhaben sowie bei der Beurteilung von Werbeanlagen haben. Vorsitzender des Beirats ist der Oberbürgermeister oder sein Vertreter, als Mitglieder gehören ihm je fünf Stadträte und sachkundige Einwohner an. Zugezogen werden können ferner je ein Vertreter des Landesdenkmalamtes, der Architektenkammer, des Stadtplanungsamtes und der Stadtarchivar.

Die Anregung zur Bildung eines Altstadtbeirats war von der SPD-Fraktion ausgegangen. Ihr Antrag vom 2. April ist inzwischen im Verwaltungsausschuß des Gemeinderats vorberaten worden. Im SPD-Antrag war ausdrücklich vermerkt worden, daß im Altstadtbeirat Bewohner der Altstadt und Fachleute vertreten sein müssen.

Die Erläuterung des Beschlüßvorschlags nahm Oberbürgermeister Wäschle zum An-

laß, einige grundsätzliche Ausführungen über die Problematik der Altstadterneuerung zu machen und dabei auch zu den kürzlichen Ausführungen von Dr. Krins vom Landesdenkmalamt bei einer Veranstaltung des Bürgerforums Ravensburg Stellung zu nehmen. Wenn man die Altstadt den Einkaufszentren verschleße, so führte er aus, dann würden sich in den Außenbezirken Schwerpunkte bilden und die Innenstädte veröden. Ravensburg sei jedoch entschlossen, die Zentrumsfunktion der Altstadt zu erhalten und sie zu stärken, weil sonst ein langsames Absterben des Geschäftslebens in der Altstadt nicht zu vermeiden wäre.

Durch eine Altstadtsatzung, deren Aufstellung sicher Schwierigkeiten bereiten werde, müssen die erhaltenswerten Bereiche der Altstadt gesichert werden. Andere Gebiete müßten völlig erneuert werden. Die dazu erforderlichen hohen Investitionsmittel müßten größtenteils von privater Seite kommen. Dies wiederum setze entsprechende Umsatz- und Ertragserwartungen voraus. Wesentliche Verbesserungen seien zweifellos auf dem Gebiet der Werbung an den Häuserfassaden zu erzielen. Tatsächlich könne eine geschmackvolle Werbung wirkungsvoller sein als eine schreiende.

Dem Referenten des Denkmalamtes, Dr. Krins, machte er den Vorwurf, daß er in seinem Referat das eigentliche Problem der Altstadt-Sanierung ausgeklammert habe, nämlich die Frage, wie nach seiner Kon-

zeption die Zentrumsfunktion der Altstadt erhalten bleiben könne. Die Städte Meersburg und Ravensburg ließen sich nicht vergleichen, da sie völlig verschiedene Funktionen hätten. Im übrigen könne natürlich auch das Landesdenkmalamt irren, wie es auch seine Auffassungen von Zeit zu Zeit ändere, beispielsweise neuerdings in der Beurteilung der Kunst des 19. Jahrhunderts oder in der Tatsache, daß laut Beschluß des Denkmalarates (am 10. Juni in Bad Waldsee) die Hochschule für Gestaltung in Ulm als erstes modernes Bauwerk unter Denkmalschutz gestellt werden soll.

Abschließend erwähnte Wäschle, daß bedauerlicherweise die Ratschläge des Denkmalamtes nicht mit den entsprechenden Geldmitteln gekoppelt seien. Hohes Lob zollte er der Bürgerschaft, die in den letzten 20 Jahren erhebliche Mittel zur Erneuerung ihrer Häuser investiert habe. Der Wille der Bürger zum Mithelfen, wie er sich jetzt im Antrag zur Bildung eines Altstadtbeirats äußere, solle seitens der Stadt honoriert und nicht etwa zurückgewiesen werden.

In der Debatte unterstützten die Sprecher aller Fraktionen das Vorhaben, einen Beirat für die Altstadterneuerung ins Leben zu rufen. Ein Vorschlag ging dahin, dem Plenum jeweils die Protokolle der Beiratssitzungen zugänglich zu machen. Ferner wurde die Ansicht vertreten, man solle bei der Abgrenzung der Aufgaben nicht kleinlich sein. In der Hauptsache ging es jedoch um die Frage, wie es ermöglicht werden könnte, den Beirat auch über die Zeit vor und nach Gemeinderatswahlen funktionsfähig zu halten, jedoch verzichtete man schließlich auf eine diesbezügliche Sonderregelung.

Der Beschlüßvorschlag enthielt schließlich auch die Bildung eines Gesprächskreises für die städtebauliche Gestaltung des Sanierungsgebietes Gänsbühl, der sich in gleicher Weise wie der Beirat zusammensetzen soll. Aber weder für den Beirat noch für den Gesprächskreis wurden in dieser Sitzung Nominierungen vorgenommen. ny

Zweite Straße zur Weststadt Renovierung des Kornhauses

Von den 23 Anträgen, die von den Fraktionen des Gemeinderats bei der Etatberatung 1974 gestellt wurden, entfielen neun auf die CAA und drei auf die Fraktion Eschach. Während die zehn Anträge der CDU-Fraktion und der einzige der SPD-Fraktion bereits veröffentlicht wurden, wird nachstehend auf die restlichen Anträge eingegangen. Im wesentlichen geht es dabei um die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, um die Altstadtsanierung, das Schulwesen und um die Einzugsgebiete der Schulen. Die Anträge der Fraktion Eschach haben die Forcierung der Bauarbeiten am Südsammler und eine Verbesserung des Schulhofs Weißenau zum Gegenstand.

Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde der CAA-Antrag angenommen, die Straße zwischen Ergathof und der Rasthalde (Voglerhölzle) provisorisch auszubauen und damit eine zweite Verbindung zwischen Stadt und Weststadt zu schaffen. Zur Begründung wird auf den unhaltbaren Zustand hingewiesen, daß die eine Straßenverbindung nach der Eingemeindung von Schmalegg und Taldorf erst recht nicht mehr ausreichend ist, zumal es sich um eine stark befahrene Bundesstraße (33) handelt. — Unter Hinweis auf die im Vermögenshaushalt zur Erweiterung des Fußgängerbereichs Bachstraße/Marienplatz eingesetzten 78 000 DM hält es die CDU-Fraktion notwendig, Erfahrungen bei vergleichbaren Städten einzuholen. Die bisherige Gestaltung wird als unbefriedigend bezeichnet. Während dieser Antrag einstimmig angenommen wurde, wurde derjenige zurückgestellt, mit dem die CAA die Umwandlung der Kiesgrube an der Schlierer Straße in einen Parkplatz erreichen wollte. Oberbürgermeister Wäschle schlug die Zurückstellung vor mit dem Hinweis, daß für diesen Zweck gegenwärtig keinerlei Geldmittel zur Verfügung stünden.

Weil die Wünsche und Auflagen des Landesdenkmalamtes bei der Renovierung von Häusern in der Innenstadt im allgemeinen mit höheren Ausgaben verbunden sind, sollen die betreffenden Hausbesitzer künftig Zuschüsse erhalten. Damit soll nach den Vorstellungen der CAA-Fraktion zugleich ein erhöhter Anreiz zur Erhaltung und Verschönerung der Innenstadt gegeben werden. Die zu diesem Zweck im Etat vorgesehenen 10 000 DM wurden auf Vorschlag des Vorsitzenden auf 50 000 DM erhöht, was die einstimmige Billigung des Plenums fand. Ein Teil dieser Mittel soll zur Instandsetzung des alten Torkels am Philosophenweg verwendet werden.

Der CAA-Antrag, dem Kornhaus wenigstens einen frischen Außenanstrich zu ge-

ben, wurde von Stadtrat Hangleiter (FDP) dahingehend erweitert, daß die Verwaltung gleichzeitig Überlegungen über die künftige Verwendung des Kornhauses anstellen und den Gemeinderat über das Ergebnis informieren soll. In die weitere Planung sollten jedoch das „Bürgerforum Altstadt“ und Professor Angerer, München, zugezogen werden. In dieser Form wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Der im Etat vorgesehene Betrag von 8300 DM für die Anlegung eines Kick- und Spielplatzes zwischen Karmeliter und Höllwaldstraße (Mittelösch II) sollte einem weiteren CAA-Antrag zufolge aufgestockt werden, um auch in anderen Stadtteilen, u. a. auf der Höhe von St. Christina, Spiel- und Kickplätze anlegen zu können. Der Antrag wurde jedoch auf Vorschlag von OB Karl Wäschle in einen Prüfungsantrag umgewandelt und an den Technischen Ausschuß überwiesen. Bei der Entscheidung muß nach Ansicht Wäschles der besondere Charakter der Christinahöhe berücksichtigt werden.

Eine Abstimmung über den Antrag, die Einzugsgebiete der Grund- und Hauptschulen im Hinblick auf die Fertigstellung der Nordstadtschule 1975 zu überprüfen, erübrigte sich durch die Feststellung, daß eine Neueinteilung ohnehin vorgesehen ist. Ein altes Anliegen der CAA-Fraktion wurde mit dem Antrag formuliert, Lehrmittel und Geräte für die Schulen zentral und damit günstiger einzukaufen und auch zentral zu warten, wobei der Schulerferent der Stadtverwaltung eingeschaltet werden müßte. In einen Prüfungsantrag umgewandelt, wurde der Vorschlag einstimmig angenommen.

In ihrem letzten Antrag schließlich wird die Einrichtung eines Werkraums und eines Handarbeitsraums im Albert-Einstein-Gymnasium für dringend erforderlich gehalten. Zu diesem Zweck müßte der Betrag von 10 000 DM, der zur Beschaffung von Tischen und Bänken für den Handarbeitsraum in den Etat eingestellt wurde, erhöht werden. Der Antrag wurde zusammen mit dem noch weiter gehenden Antrag von Stadtrat Georgii (SPD), für einen Handarbeitsraum am AEG weitere 30 000 und für einen Werkraum des Spohn-Gymnasiums weitere 17 000 DM bereitzustellen, gebilligt.

Bei den Anträgen der Fraktion Eschach ging es um die Bewilligung von 4000 DM für die Abgrenzung des Schulhofs in Weißenau (einstimmig), und um die baldige Beseitigung der Überflutungsgefahr in Weißenau durch den Bau des Zuleitungssammlers, der in der Nähe des Bahnhofs in den Südsammler mündet. Dem Antrag entsprechend soll die Verwaltung die Arbeiten für den Bau des Südsammlers ausschreiben und die Angebote dem Gemeinderat möglichst bald zur Vergabe vorlegen. ny

So schwebt es Denkmalpflege und Stadtverwaltung vor

Vom „Rathaus-Rouge“ soll Signalwirkung für eine farbigere Altstadt ausgehen

Nachdem in den letzten Jahren die Außenfassaden des Leder- und Waaghauses mit beträchtlichem Kostenaufwand und stilistischem Geschick restauriert worden sind, hat die Renovierungswelle nunmehr auch den „Dritten im Bunde“ erreicht. Das Ravensburger Rathaus, zusammen mit den beiden anderen Gebäuden eine beeindruckende Trias wertvoller historischer Profanbauten im Herzen der Stadt darstellend, beginnt sein altgewohntes Gesicht gründlich zu ändern. Dies rührt allerdings weniger von den eigentlichen Sanierungsmaßnahmen her als von der „kühnen“ Farbgebung: auf Anraten der Staatlichen Denkmalpflege erhält das Rathaus einen leuchtend roten Anstrich. Die Renovierung der Nordseite wurde gerade noch rechtzeitig zum Rutenfest abgeschlossen. Zur Zeit sind die Handwerker dabei, die übrigen Mauerfronten zu „beackern“. Bis die Gesamtrenovierung (Kostenpunkt: 300 000 DM) fertig ist, dürfte es Spätherbst werden.

Die letzte Rathäuserneuerung liegt über vier Jahrzehnte zurück. Bei dieser Renovation (1929 bis 1932) hat man auch im Inneren einschneidende Änderungen vorgenommen. So wurde das zweite Obergeschoß für Kanzleizwecke ausgebaut und das Treppenhäus umgestaltet. Das äußere Bild des mittelalterlichen Gebäudes – seine Entstehung fällt etwa in das Ende des 14. Jahrhunderts – wandelte sich 1876 tiefgreifend. Und gewiß nicht zu seinem Vorteil! Der seinerzeitige Magistrat verordnete ihm nämlich dadurch eine „Verschönerungskur“, daß er die nördliche Längsfassade und die Giebelseite im damals beliebten pseudogotischen Stil ummodellieren ließ. Dr. Alfons Dreher bemerkte dazu in seinem Buch „Geschichte der Reichsstadt Ravensburg“: „Sie (die Westfassade) zeigte zuvor im Erdgeschoß zwei Spitzbogentüren und eine kleinere Maueröffnung in ungleichen Abständen. Diese belebte Formgebung änderte man zugunsten einer streng symmetrischen Gliederung mit neugotischen Türflügeln und Fenstern, die auch das zweite Obergeschoß nicht verschonte.“

Ein Glück, daß der prächtige Renaissance-Erker (1571) und vor allem das butzenscheibige Fensterband entlang der Sitzungssäle im ersten Stock nicht ebenfalls einer falschen Neuerungssucht zum Opfer

fielen. Weshalb die schöne alte Uhr, die sich über dem Erker befand, im Zuge der Renovation von 1929 entfernt worden ist, bleibt ohnehin unerfindlich. Sie wäre heute wie einst eine der Rathausarchitektur bereichernde Zierde. Schade auch, daß die Schießscharten, mit denen die Westseite in früheren Zeiten versehen war, nicht mehr vorhanden sind.

Gleichwohl hat man es beim Ravensburger Rathaus mit einem bemerkenswerten Zeugnis der Vergangenheit, mit einem Baudenkmal von ausgeprägter Eigenart und kunsthistorischem Wert zu tun. Die jetzige Renovierung will nicht nur den guten baulichen Zustand auf lange Zeit hinaus gewährleisten bzw. wiederherstellen, sondern ebenso die Mittelpunktstellung, die diesem bürgerschaftlichen Kristallisationspunkt zukommt, auch optisch mit neuer Frische ins öffentliche Bewußtsein rücken. Da das Haus unter Denkmalschutz steht, wurde die gesamte Restaurationsmaßnahme in enger Fühlungnahme und Absprache mit dem Landesdenkmalamt, vertreten durch Konservator Dr. Hubert Krins von der Tübinger Außenstelle, geplant.

Das gilt insbesondere für die spektakulärste Veränderung: den roten Farbanstrich. Als die westliche Fassade plötzlich zu „erröten“ anfing, war die Überraschung allgemein groß. Denn jedermann hatte sozusagen als selbstverständlich angenommen, daß der künftige Rathausputz etwa dasselbe Hellgrau zeigen würde wie das benachbarte Waag- und Lederhaus. In der Bevölkerung hörte man die unterschiedlichsten Kommentare, die aber im wesentlichen doch über wiegend positiv ausfielen. Nachdem der erste „Schock“ vorüber war, begannen sich offenkundig die meisten Leute – wenn teilweise auch nur zögernd – mit dieser farbmütigen Entscheidung zu befrieden. Selbst aus Kreisen des „Bürgerforums Altstadtsanierung“, wo man anfänglich sehr sauer reagierte, kommen jetzt zustimmende Äußerungen.

Wir hatten vor wenigen Tagen Gelegenheit, uns mit Dr. Krins eingehender über die Beweggründe zu unterhalten, die zum „roten Rathaus“ geführt haben. Der Tübinger Kunsthistoriker räumt ein, daß es sich in gewisser Weise um ein Experiment handelt: Ravensburgs Rathaus sei das erste größere öffentliche Baudenkmal im ganzen Regierungsbezirk Tübingen, das diese Farbe erhalte. Ein derartiges Rot ist, wie er betont, in der Spätgotik bevorzugt verwendet worden. Auch der sogenannte „Gemalte Turm“ – einer der vielen Ravensburger Türme, aus spätgotischer Zeit stammend – war früher mit bunten Rautenmustern geschmückt. Krins verweist ferner auf das Beispiel zahlreicher anderer Städte mit historischem Charakter, in denen „Zivilcourage“ bei der Farbgebung (selbstverständlich mit geschmacklichem Feingefühl kombiniert) die schönsten Resultate hervorbrachte. Man braucht da nur an Wangen zu denken!

Sicher nicht zu Unrecht meint der Denkmalpfleger, die Ravensburger Innenstadt könne ein paar heitere Farbtupfer sehr wohl vertragen. Von der Rathausrenovierung verspricht er sich nämlich zugleich eine Art Signalwirkung auf die privaten Hauseigentümer in der Umgebung. Das erste Signal möchte im übrigen die Stadt selber setzen, nicht bloß das Rathaus wird sich künftig in kräftigem Rouge präsentieren, auch die unmittelbar am Marienplatz sich anschließenden ehemaligen Wohnhäuser (bis zur früheren Wirtshaus „Kupferle“) sollen in verschiedenen Farben herausgeputzt werden, so daß eine möglichst lebendige Gesamtwirkung entsteht. Die Häuser sind in städtischem Besitz und zur Erweiterung der Rathausräumlichkeiten bestimmt.

Spezielle Farbvorstellungen haben Dr.

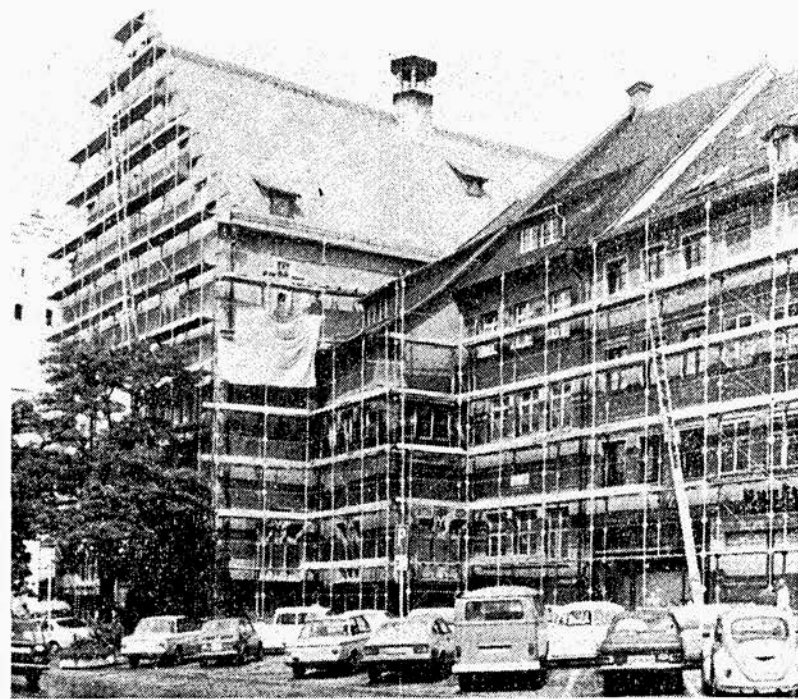
Blumen kommen vor das Haus

Museum wird noch in diesem Jahr renoviert

Im Zuge der Renovierung der historischen Gebäude der Stadt Ravensburg soll auch das als Heimatmuseum dienende Vorghaus in der Charlottenstraße noch in diesem Jahr einer Außenrenovierung unterzogen werden. Diese Maßnahme soll vom städtischen Hochbauamt im Einvernehmen mit dem Landesdenkmalamt durchgeführt werden, um in den Genuß eines Staatszuschusses zu kommen. Für die Renovierung sind im laufenden Etat 40 000 DM vorgesehen, von denen 15 000 DM für den neuen Verputz bzw. Anstrich und 10 000 DM für die Betonverbundpflaster auf der Eingangsseite (Untere breite Straße) benötigt werden. Dort sollen dann auch Pflanzentröge aufgestellt werden, deren Kosten einschließlich Bepflanzung mit 5500 DM veranschlagt sind. Weitere Kosten werden anfallen für die Instandsetzung der Dachrinnen und Abfallrohre, für den Anstrich der Fenster und für die Imprägnierung des Holzfachwerks.

Krins und die Verwaltung im Augenblick allerdings noch nicht; die ganze Sache will erst mit Bedacht überlegt sein. Fest steht hingegen, daß die kleinen Fenster an den Rathaus-Sitzungssälen farbig gefaßt werden, und zwar in einem angenehmen satten Blautönen, der ihre feingliedrigen Proportionen effektiv zur Geltung bringen dürfte. Von der ursprünglichen Überlegung, die Fenster mehrfarbig „einzurahmen“ ist man wieder abgerückt, denn wie eine Farbenschachtel soll das altherwürdige Gebäude eben auf keinen Fall aussehen.

Die Gesamtrenovierungsmaßnahme, mit der Mitte Mai begonnen wurde, kostet rund 300 000 DM. Als aufwendigste Posten erscheinen auf der Finanzierungsliste des Städtischen Hochbauamts die Sanierung der



Die Giebelseite und die Hinterfront des Ravensburger Rathauses haben sich jetzt ebenfalls hinter Gerüststangen versteckt; desgleichen die drei angrenzenden Häuser am Marienplatz, deren Eigentümerin die Stadt ist. Im Zuge der umfangreichen Rathausrenovierung müssen größere Teile des schadhaften Mauerwerks gründlich instandgesetzt werden. Die gesamte Putz- und Anstrichfläche macht rund 1800 Quadratmeter aus. Foto: Döller

stark verwitterten Sandsteinwände (90 000 DM) sowie die Instandsetzung der Putzflächen und der Anstrich in Keim'scher Mineralfarbe – 1800 Quadratmeter insgesamt – mit einem Betrag von 85 000 DM. Zur Trockenlegung des unteren Mauerwerks bedient man sich eines speziellen Verfahrens. Zum Teil müssen die Naturstein-Sockelstützen am Haupteingang ersetzt und die Eckquader überarbeitet werden. Die Malerarbeiten an Fenstern, Türen und Gittern sind auf 20 000 DM veranschlagt. Hinzu kommen verschiedene Verbesserungen, so wird zum Beispiel der Gehweg rund um das Rathaus neu gepflastert.

Nicht gerade glücklich liefen die Dinge beim Dachdecken. Das Rathaus hat jetzt zweierlei Ziegel auf seinem grauen Haupt sitzen. Vor sieben Jahren, als die Nordseite frisch gedeckt wurde, verwendete man auf Empfehlung der Denkmalpfleger engobiertes (mit einer Keramikschicht überzogenes) Ziegelmaterial, das gegen Verwitterung unempfindlich ist. Im Zuge der jetzigen Renovation jedoch erhielten die südliche Dachhälfte und der kleine Anbau naturrote Ziegel – ebenfalls auf Wunsch der Denkmalpflege. Man sieht: auch eine Behörde reitet beileibe nicht immer störrisch das gleiche Prinzip

Dr. Krins: „Die roten Ziegel kriegen in einigen Jahren eine dunklere Patina, dann fällt das gar nicht mehr so auf. Und außerdem sehen Sie ja das Rathaus nie von allen Seiten zugleich.“

Altstadtbeirat tritt im September zusammen

Voraussichtlich im September werden der neugebildete Altstadtbeirat und der Gesprächskreis für die städtebauliche Gestaltung des Sanierungsgebietes Gänsbühl zu ihren ersten Sitzungen zusammentreten.

Der Gemeinderat hat für den Altstadtbeirat, der unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Wäschle tagen wird, folgende ordentliche Mitglieder benannt: die Stadträte Dr. Huhn, Sauter und Wurm (CDU), Fräulein Ballarin (SPD) und Stöhr (CAA). Als sachkundige Einwohner werden in dem Gremium vertreten sein. Dr. med. Hans Burkhard (Bürgerforum Altstadt), Gerhard Jüngling (Förderungsgemeinschaft Oberstadt), Ernst Knapp (Leistungsbund Ravensburg) und Reinhold Leinmüller (Schwäbischer Heimatbund). Hinzuzuziehende Mitglieder sind Dr. Krins (Landesdenkmalamt), Architekt Klaus Sihler, Friedrichshafen (vorläufig benannter Vertreter der Architektenkammer), Oberbaurat Rohlfes (Stadtplanungsamt) und Stadtarchivar Dr. Eitel.

Auch im Gesprächskreis für die städtebauliche Gestaltung des Sanierungsgebietes Gänsbühl hat Oberbürgermeister Wäschle den Vorsitz inne. Vom Gemeinderat werden in diesem Gremium folgende Stadträte als ordentliche Mitglieder vertreten sein: Braig, Miller und Fräulein Rauscher (CDU), Rückstieß (SPD) und Hangleiter (FDP). Als sachkundige Einwohner wurden benannt: Hans-Ulrich Dreher (Bürgerforum Altstadt), Reinhold Nonnenbroich (Förderungsgemeinschaft Oberstadt), Karlheinz Buchmüller (ebenfalls Förderungsgemeinschaft), Klaus Thommel (Leistungsbund Ravensburg) und Dipl.-Ing. Horst Kiderlen (Schwäbischer Heimatbund). Hinzuzuziehende Mitglieder sind: Dipl.-Ing. Scholkmann (Landesdenkmalamt), Architekt Klaus Sihler, Friedrichshafen (vorläufig benannter Vertreter der Architektenkammer), Oberbaurat Rohlfes (Stadtplanungsamt) und Stadtarchivar Dr. Eitel.

Bürgerforum Altstadt e. V.

morgen abend im Hotel Waldhorn

Zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, die morgen Donnerstag abend um 20 Uhr im Hotel Waldhorn stattfindet, hat das Bürgerforum Altstadt e. V. Ravensburg Mitglieder und sonstige Interessenten eingeladen. Nach dem Bericht des Vorstandes über seine bisherige Arbeit wird ein Beirat gewählt. Anschließend wird Dipl.-Ing. D. Rädle, Ravensburg, ein Referat halten über Probleme im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau des Altstadttrings, wobei die im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ausbau des Frauentorplatzes stehenden Maßnahmen besonders beleuchtet werden sollen. In der Aussprache können Fragen gestellt und Vorschläge zur Sanierung der Altstadt wie überhaupt zur Aktivierung der Vereinsarbeit gemacht werden. Der zu wählende Beirat muß laut Satzung aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen, es wird jedoch seitens des Vorstandes eine Zahl von etwa zwölf Mitgliedern angestrebt.

Bürgerforum: Generalverkehrsplan überholt

Muß dem Stadtentwicklungsplan untergeordnet werden — Kritik und Vorschläge im „Waldhorn“

Als Quintessenz der vielen kritischen Äußerungen, die bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung des im Frühjahr gegründeten „Bürgerforums Altstadt e. V.“ am Donnerstag gemacht wurden, kristallisierte sich die Ansicht heraus, daß der Generalverkehrsplan dem Stadtentwicklungsplan unterzuordnen ist und nicht umgekehrt, wie dies in Ravensburg bisher der Fall gewesen sei. Die Kritik am Generalverkehrsplan bezog sich sowohl auf seinen Hersteller, den Neu-Ulmer Professor Schaechterle, der als Präsident des ADAC einseitig die Interessen der Motorisierten vertritt, wie auf den Inhalt, der als überholt und mangelhaft bezeichnet wurde. Die Versammlung war von etwa 70 Personen besucht, von denen erfreulicherweise etwa zwei Drittel jüngere Leute waren. Für die nächste Veranstaltung will sich das Bürgerforum um einen Verkehrsplaner als Referenten bemühen.

Architekt Alfons Locher, der die Versammlung leitete, gab zunächst einen Rückblick auf die Aktivitäten des Vorstandes seit der Gründung des Forums. Die im Juli erfolgte Aufstellung eines Altstadt-Beirats, in dem dem Bürgerforum drei Plätze eingeräumt wurden, nannte Locher einen beachtlichen Erfolg. Er selber habe Gelegenheit gehabt, in einer Sitzung des Beirats, in der der Sanierungsplan von Prof. Angerer, München, beraten wurde, den Standpunkt des Bürgerforums darzulegen und sich vor allem für eine altstadtgemäße Gestaltung der Dachlandschaft bei dem Großprojekt Gänsbühl einzusetzen, damit sich die am Parkhaus am Untertor begangene Sünde nicht wiederhole. Stellungnahmen habe das Bürgerforum außerdem abgegeben zum Umbau des Frauentorplatzes und zur Farbgebung am Rathaus. Locher dankte abschließend dem Oberbürgermeister und seinen Mitarbeitern für das Verständnis, das die Mitglieder des Forums stets bei ihnen gefunden hätten. Die am öf-

fentlichen Geschehen der Stadt interessierten Bürger forderte er auf, dem Bürgerforum als Mitglied beizutreten, zumal ein Mitgliedsbeitrag von nur einer Mark im Monat erhoben werde.

Für den zu wählenden Beirat wurden rund 15 Vorschläge gemacht, aber die Versammlung akzeptierte schließlich den Vorschlag von Dr. Hans Burkhard, den Beirat auf zehn Mitglieder zu beschränken, weil das Gremium sonst — zusammen mit dem fünfköpfigen Vorstand — zu groß und damit zu schwerfällig werde. Die zehn Beiratsmitglieder wurden in geheimer Abstimmung ermittelt.

Dipl.-Ing. D. Rädle ging dann auf die bisher vorliegenden Pläne zur künftigen Verkehrsführung und zur Sanierung der Altstadt ein und nahm sie kritisch unter die Lupe. Den Generalverkehrsplan bezeichnete er schon deswegen als überholt, weil er auf Verkehrszählungen aus dem Jahr 1964 beruhe. Im September dieses Jahres seien zwar neue Zählungen vorgenommen worden, diese seien aber noch nicht ausgewertet. Die Schwierigkeit bestehe darin, alle vorliegenden Pläne (Gutachten) miteinander in Einklang zu bringen, wobei man aber den Fehler nicht fortsetzen dürfe, bei der Stadtentwicklung vom Verkehrsplan auszugehen. Schwierig sei es auch, die vorhandene Baustruktur mit dem Nutzungsplan in Übereinstimmung zu bringen.

Von der großen Umgehungsstraße, so sagte Rädle, dürfe man nicht allzu viel Entlastung erwarten, da vom Ravensburger Verkehr nur etwa ein Drittel Durchgangsverkehr sei. Der Hirschgraben sollte aus dem sogenannten Altstadttring ausgeklammert werden, weil er aus historischen Gründen erhaltenswert sei. Ersatzweise könne der Altstadttring besser über die Rudolfsstraße geführt werden. Problematisch sei auch die Absicht, zwei Parkhäuser außerhalb der Altstadt zu errichten, nämlich auf

dem jetzigen Parkplatz an der Oberamteigasse und dort, wo jetzt noch in der Gartenstraße die Villa Thommel und das Gesundheitsamt stehen. Es sei sehr fraglich, ob sie in dieser Entfernung vom Zentrum noch angenommen werden. Außerdem müsse man die Betonflächen von Parkhäusern als optische Belastung ansehen.

Etwas zu großzügig habe man die geplanten Fußgängerzonen in der Altstadt bemessen, die kaum in dem wünschenswerten Ausmaß bevölkert werden dürften. Man müsse auch bedenken, daß ein Quadratmeter Fußgängerzone zwischen 100 und 150 DM koste. Wie in anderen Städten müsse man sich in Ravensburg mehr um eine Koexistenz von Fußgänger und Autofahrer bemühen.

Dipl.-Geograph H. Ballarin stützte sich bei seinen Ausführungen, wie er sagte, weitgehend auf einen Brief, den er vor zwei Monaten an den Oberbürgermeister geschrieben habe. Er setzte sich für die Erhaltung des Frauentorplatzes ein, der unter Denkmalschutz gestellt werden müsse statt ihn dem Autoverkehr zu opfern. Ebenso müsse auch die Grünanlage der Schussenstraße den Schutz des Denkmals erhalten bekommen. Der auf dem Frauentorplatz notwendig werdende „Wald von Signalen“ werde den Charakter des Platzes völlig pervertieren. Ballarin räumte allerdings ein, daß durch den Ausbau der Wilhelmstraße die Untertunnelung des Frauentorplatzes für die Fahrzeuge nahezu unmöglich gemacht worden sei. Genugtuung äußerte er über den Beschluß der Stadt, den Generalverkehrsplan überprüfen zu lassen. In der Schussenstraße könnten mit Rücksicht auf das vorhandene Stadtbild keine sechs, sondern allenfalls drei oder vier Fahrspuren gebaut werden.

In der Diskussion wurde u. a. nach der Möglichkeit einer Revision der Umbaupläne des Frauentorplatzes gefragt. Die Frage war angesichts der Tatsache zu verneinen, daß der Bau des Fußgänger-Tunnels vom Gemeinderat bereits beschlossen worden ist. Mehrfach wurde der Wunsch nach mehr Information geäußert. Alfons Locher wies darauf hin, daß das Bürgerforum nur Einfluß nehmen könne auf Quartiere, für die noch kein Bebauungsplan aufgestellt ist. Im letzten Teil der Diskussion wurde nach Möglichkeiten gesucht, wie das Bürgerforum seine Arbeit intensivieren und sie dann auch in der Öffentlichkeit besser publik machen kann.

Zehn Bürger in den Beirat des Bürgerforums gewählt

Bei der letzte Woché im Hotel Waldhorn abgehaltenen Mitgliederversammlung des Bürgerforums Altstadt, über deren Verlauf bereits berichtet wurde, wurde auch ein Beirat gewählt, dessen Aufgabe es u. a. ist, den Vorstand und die Mitglieder des Vereins im Altstadtbeirat der Stadt zu beraten. Außerdem soll der Beirat aktiv werden bei der Ausarbeitung von Stellungnahmen, bei der Vorbereitung von Informationsveranstaltungen und bei der Herausgabe von Informationsblättern des Vereins. Folgende zehn Mitglieder wurden (in der Reihenfolge der für sie abgegebenen Stimmen) in den Beirat gewählt: Stadtarchivar Dr. Eitel, Stadtplaner Rädle, Graphiker Oskar Weiß, Restaurator Leinmüller, praktischer Arzt Dr. Mattes, Dipl.-Geograph Ballarin, Studiendirektor Binder, Frau Irmela Maier, Ingenieur F. Hummel und Architekt Lüdecke. Auf dem Wahlzettel standen insgesamt 15 Namen.

DAS FREIE WORT

Anlagen müssen unter Denkmalschutz

Der Bericht der SZ vom 19. 10. 1974 über die Mitgliederversammlung des Bürgerforums Altstadt Ravensburg e. V. bedarf bezüglich der Ausführungen zur Planung von Frauentorplatz und Schussenstraße einer Ergänzung und Berichtigung. Meine Ausführungen zu diesen Planungen stützen sich nicht auf einen Brief, den ich an den Herrn Oberbürgermeister geschrieben habe, sondern auf eine vom Vorstand gebilligte Diskussion unter Architekten und Planern im Bürgerforum, die zur Abfassung zweier Schriftstücke geführt hat: Einem Schreiben des Bürgerforums an den OB und einem von mir formulierten Entwurf einer öffentlichen Stellungnahme. Beider Inhalt ging in mein Kurzreferat ein.

Zu einer öffentlichen Stellungnahme des Bürgerforums zur Planung von Frauentorplatz und Schussenstraße kam es aus folgenden Gründen bisher nicht: Der Vorstand und ein Teil des „Gesprächskreises“ war der Meinung, man solle es vorerst bei einem Brief an den OB belassen und vor einer öffentlichen Stellungnahme ein Antwortschreiben des Stadtoberhauptes abwarten. Das Schreiben des Bürgerforums an den OB fand bis heute keine Antwort, und im Vorstand überwog dann die Meinung, er könne vor der Wahl eines satzungsgemäßen Beirats keine öffentliche Stellungnahme für den Verein abgeben. Um das Bürgerforum noch vor den Eingriffen in die Grünanlagen an der Schussenstraße aktionsfähig zu machen, kam es zu dieser außerordentlichen Mitgliederversammlung mit Beiratswahl und aktuellen Referaten.

Ergänzend zum Zeitungsbericht ist zur Planung von Frauentorplatz und Schussenstraße folgendes nachzutragen. Die gewählte Konzeption des Frauentorplatz-Umbaus ist grundsätzlich abzulehnen: Sie unterordnet den Menschen den Bedürfnissen des Verkehrs, zerstört die urbane Funktion des Platzes und wird seinem städtebaulichen Rang nicht gerecht. Beim Frauentorplatz steht man vor nahezu vollendeten Planungstatsachen, bei der Schussenstraße müßte noch eine Änderung möglich sein. Die vom Gemeinderat beschlossene Überprüfung des Generalverkehrsplans hat heute nur noch einen Sinn, wenn deren Ergeb-

nisse in die Planung von Frauentorplatz und Schussenstraße eingehen können. Vor allem sollte geprüft werden, ob die Anzahl von geplanten Fahr- und Abzweigspuren und die gewählte Lage der Omnibushaltestellen wirklich nötig und richtig ist und ob nicht durch andere Verkehrsführung die Dimensionierung der Verkehrsflächen am Frauentorplatz und besonders an der Schussenstraße herabgesetzt werden kann.

An der Schussenstraße müssen die Anlagenwälle voll und ganz und nicht nur quasi und mit Abstrichen unter Denkmalschutz stehen bzw. gestellt werden. Diese Befestigungswälle sind zusammen mit den Rondellen an der Stadtmauer errichtet worden, leiten sich aus der Befestigungslehre Dü-

(Veröffentlichungen im „Freien Wort“ sind außer Verantwortung der Redaktion; sie stellen lediglich die Meinung des Verfassers dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.)

rers (1527) her und sind als solche in Deutschland eine befestigungstechnische Seltenheit. Sie sind als Kugelfang-Wälle genauso Bestandteil der Stadtmauer wie der Hirschgraben, der unter Denkmalschutz steht.

Da die Wälle an der Schussenstraße die letzten intakten Alleen der Stadt tragen und Alleen typische städtebauliche Erscheinungen des 19. Jahrhunderts sind, verdienen sie auch den zusätzlichen Schutz, um als Naturdenkmal beim Landratsamt eingetragen zu werden.

Die Versammlung stimmte geschlossen dem Vorschlag zu, daß das Bürgerforum die Eintragung der Anlagenwälle und Bäume an der Schussenstraße als Kultur- und Naturdenkmal bei den zuständigen Ämtern anregen soll. Da eine solche Eintragung das Einvernehmen der Stadt Ravensburg erfordert, wird sich vielleicht an diesem Exempel erstmals zeigen, wieviel Verständnis die Mitglieder des Bürgerforums bei der Stadtverwaltung für ihre Anliegen wirklich finden.

Ein Vorstandsmitglied zog sogar den indirekten Schluß, daß dieses Verständnis um so größer sein wird, je mehr Bürger das Bürgerforum durch Mitgliedschaft unterstützen. Es liegt also jetzt an den Ravensburger Bürgern, eine weitere Wilhelmstraße und dergleichen Fehler in Zukunft zu verhindern, indem sie Mitglieder im Bürgerforum werden und aktiv an der Erhaltung ihres Stadtbildes mitarbeiten. (Adresse des Bürgerforums Altstadt: Postf. 1221)

Hermann Ballarin

Schwäbische Zeitung - Ausgabe Ravensburg

7980 Ravensburg, Marienplatz 41 — Telefon (0751) 2861

Verantwortlich für Lokalredaktion: Ernst Neyer, Manfred Zisterer (Kulturelles), Günter Peitz, Günther Kiemel. — Verantwortlich für Anzeigenteil: Hermann Benz. Monatlicher Bezugspreis DM 11.80 einschl. 1.90 für Zustellung und Inkasso. In diesem Bezugspreis sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten. Durch die Post DM 12.30 einschließlich 5,5% Mehrwertsteuer und Postgebühren.

Auf dem Frauentorplatz schieden sich die Geister Mit zwei auswärtigen Verkehrsingenieuren auf Kollisionskurs

Obzwar von brennenden Adventskerzen ein besänftigender Hauch auf die Gemüter der Stadträte ausging — das Gewicht der mit der Lösung des Ravensburger Verkehrsproblems zusammenhängenden Pläne und Aufgaben wurde dadurch nicht leichter. Daß die Bedeutung dieses ersten Tagesordnungspunktes auch von der Öffentlichkeit erkannt worden war, bewiesen die besetzten Zuhörerbänke, auf denen u. a. Vertreter des Bürgerforums Altstadt und der Polizei zu sehen waren. Den Arrangeuren der Adventsdekoration zollte OB Wäschle ein anerkennendes Dankeswort. Zur Sache selbst führte er aus, die beiden Verkehrsbüros hätten die Situation in Ravensburg mit verschiedenen Methoden überprüft.

Im ersten Teil seiner Ausführungen zeichnete Dipl.-Ing. Kilpper Stuttgart, ein Bild von der Umwelt des modernen Menschen, seinen Bedürfnissen und Erfordernissen, um dann für Ravensburg die Forderung zu erheben, der Marienplatz müsse wieder zur „guten Stube“ der Stadt werden und dürfe nicht weiterhin der turbulente Platz von heute bleiben. Aus diesem Grund könne der Marienplatz auch nicht Schnittpunkt der Nahverkehrslinien bzw. Busbahnhof werden. Diese Funktion müßten vielmehr die Straßen am Rande der Altstadt übernehmen, also die Schussen- und die Karlstraße. Als warnendes Beispiel erwähnte Kilpper die Stadt Trier, die den Nahverkehr in die Stadtmitte hereingenommen habe, ihn aber wegen zu großer Belästigung wieder herausnehmen wolle. (Dies wird allerdings, wie von anderer Seite erwähnt wurde, nicht möglich sein, weil in Trier keine Ausweichmöglichkeit vorhanden ist.)

Zum Zwecke der Dienstleistung soll künftig ein beschränkter Verkehr zugelassen werden in dem Raum zwischen Eisenbahn- und Schussenstraße sowie zwischen Gispinstmarkt und Wilhelmstraße. Den entscheidenden Einschnitt gegenüber der bisherigen Planung machte Kilpper bei der Schussenstraße, die er nur zweispurig ausgebaut wissen will und darin in keiner Weise eine Unverträglichkeit mit der breiten Wilhelmstraße sieht, deren vierspuriger Ausbau seiner Ansicht nach durchaus gerechtfertigt war. Auf jeden Fall hält er den

Der Umbau des Frauentorplatzes wird sich nun doch auf das kommende Jahr verschieben. Nicht einmal mit den vorbereitenden Arbeiten der Umlegung von Rohren und Versorgungsleitungen kann mehr begonnen werden. Grund: Der Gemeinderat konnte sich in der Sitzung am Montag nicht eindeutig für das eine und gegen das andere Konzept der beiden Verkehrsingenieure aus Ulm und Stuttgart entscheiden, nachdem diese das Ergebnis ihrer Überprüfungsaufträge vorgelegt hatten. Auf Verlangen des Gemeinderats war das Ingenieurbüro von Professor Schaechterle, Neu-Ulm, mit der Überarbeitung des vor acht Jahren erstellten Ravensburger Generalverkehrsplans, das Stuttgarter Büro Kilpper mit der Überprüfung des vor Jahresfrist vom Stadtplanungsamt erarbeiteten „Verkehrsplans Stadtmitte“ beauftragt worden. Während die beiden Büros in einigen wesentlichen Punkten zu übereinstimmenden Ergebnissen kamen, klappten ihre Ansichten teilweise aber auch kräftig auseinander — am stärksten wohl bei der künftigen Gestaltung des Frauentorplatzes. Hier, aber auch hinsichtlich der Regelung des Nahverkehrs, standen sich die Auffassungen der beiden Planer diametral gegenüber. Demzufolge hatte auch der Gemeinderat Schwierigkeiten, den richtigen Modus der Weiterbehandlung des Komplexes zu finden, zumal in der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung bereits Arbeiten für den Umbau des Frauentorplatzes wie für das Überführungsbauwerk der Entlastungsstraße Nord über das Areal der Maschinenfabrik Nothelfer hinweg vergeben werden sollten.

früher geplanten fünfspurigen Ausbau der Schussenstraße für überzogen und sieht die rechtwinklige Einführung der Schussen- in die Gartenstraße vor. Sein Konzept unterscheidet sich von dem des Büros Schaechterle aber vor allem darin, daß er den Hauptverkehrsstrom von der Wilhelmstraße in die vierspurig auszubauende Gartenstraße führen will. Prof. Schaechterle hält dagegen die Verbindung Wilhelm-Schussenstraße für wichtiger, schon weil sie die Verbindung mit der leistungsfähigen Entlastungsstraße Nord herstellen wird.

Angesichts der ungeheuren Kosten, welche die große Umgehungsstraße verursachen wird, plädierte Ing. Kilpper für einen Verwirklichung in Teilabschnitten. So könnte man die neue Trasse durchaus erst bei Baienfurt beginnen lassen und sie in großem Bogen ins und dann geradeaus durch das Schussental weiterführen, während sie nach den vorliegenden Plänen am Egelsee beginnen soll. Von Vorteil wäre in Ravensburg auch die sogenannte Industriestraße, die auch im Flächennutzungsplan für das mittlere Schussental ausgewiesen sei. Sie ist als Verlängerung der Schwanenstraße nach Norden über das Gelände des Güterbahnhofs bis zum Anschluß an die Entlastungsstraße Nord nördlich der Ettishofer Eisenbahnbrücke gedacht.

Reg.-Baumeister Holdschuer vom Büro Schaechterle untersuchte einleitend folgende Fragen: Was hat sich seit der Fertigstellung des Generalverkehrsplans durch sein Büro (1966) auf dem Gebiet der Siedlungsentwicklung und der stadtplanerischen Zielvorstellungen geändert und was ist an vollendeten Tatsachen vorhanden? Die Antworten resultieren aus folgenden Erhebungen. Während in Ravensburg selbst die Einwohnerzahl seit 1966 um 660 zurückgegangen ist, hat sie in den Nachbargemeinden erheblich zugenommen, am stärksten in der früheren Gemeinde Eschach, nämlich um 1550 Personen. Die Einwohnerprognose von 1966 habe sich demzufolge als falsch erwiesen. Andererseits habe sich die Zahl der Einwohner von 7000 auf 10 000 erhöht. Zu berücksichtigen sei auch die Tatsache, daß in der Innenstadt von Ravensburg 3800 Menschen wohnen, im gleichen Gebiet aber 4430 Arbeitsplätze vorhanden sind.

Eigentliche Grundlage der Verkehrsplanung müsse die Verkehrsentwicklung sein. Nach jüngsten Zählungen hat sich die Frequenz auf den einzelnen Zulaufstrecken seit 1964 wie folgt verändert:

1. von Norden (Garten- Berger- und Georgstraße) von 26 000 auf 43 000 Fahrzeuge (plus 66 Prozent),
2. von Westen (Meersburger Straße) von 16 300 auf 25 100 (plus 54 Prozent),
3. von Süden (Jahn- bzw. Seestraße) von 33 600 auf 41 100.

Eine kaum nennenswerte Zunahme war auf der Gartenstraße stadtauswärts festzustellen. Dagegen sei die Leistungsfähigkeit der zweispurigen Meersburger Straße schon jetzt deutlich überschritten. Insgesamt habe die Verkehrsdichte in Ravensburg seit zehn

Jahren von rund 70 000 auf rund 100 000 Fahrzeuge pro Tag zugenommen. In der Stadtmitte habe sie dagegen von 22 000 auf 17 000 abgenommen.

Durch die große Umgehungsstraße könnten schätzungsweise 12 000 Fahrzeuge aus dem Stadtbereich herausgezogen werden. Bei der Gartenstraße würde die Entlastung etwa 6000, bei der Meersburger Straße 7000 Fahrzeuge ausmachen.

Für Holdschuer ergaben sich aus den Erhebungen und Veränderungen folgende Konsequenzen für den Generalverkehrsplan. Kein Anschluß von der Stadtmitte an die große Umgehungsstraße, weil Belastung der Meersburger Straße sonst noch größer, vorrangiger Bau der neuen B 32 zwischen Rahlhof und Hotterloch, Zugänglichkeit zur Innenstadt muß gewährleistet werden, kein Tunnel unter dem

Mehlsack hindurch, um Durchfahrt von West nach Ost zu erschweren, vierspuriger Ausbau der Schussenstraße unter Reduzierung der Breite von 7,50 auf 6 Meter, keine Aufweitung der Karlstraße, vierspuriger Ausbau der Gartenstraße, Bushaltestellen möglichst günstig in der Innenstadt platzieren.

Als vordringlichstes Projekt muß nach Ansicht von Regierungs-Baumeister Holdschuer nach wie vor der Bau der großen Umgehungsstraße angestrebt werden, ferner der vierspurige Bau der Hochstraße (Entlastungsstraße Nord), die Untertunnelung des Frauentorplatzes ohne besonderen Aufwand, die Schaffung von Parkgelände, die Aufstellung eines Spezialgutachtens für die Lösung des Nahverkehrsproblems in der Innenstadt.

In dem Resümee, das OB Wäschle anschließend zog, wandte sich dieser gegen den Bau der großen Umgehungsstraße in zu kleinen Abschnitten, weil sonst die Gefahr entstehe, daß die große Lösung blockiert wird. Allenfalls könnte man in eine bei Baienfurt beginnende neue Trasse der B 30 einwilligen. Einig seien beide Gutachter über die Notwendigkeit des vierspurigen Ausbaus der Wilhelmstraße und der Entlastungsstraße Nord auch im Überführungsbauwerk zwischen Ettishofer Straße und Oberschwabenhalle. Gerade diese Frage sei auch beim Regierungspräsidium gründlich geprüft und das Projekt nur unter der Bedingung des vierspurigen Ausbaus genehmigt worden. Verschiedener Meinung seien die Gutachter hinsichtlich des Frauentorplatzes, auf dem das Büro Kilpper trotz Untertunnelung oberirdische Fußgängerüberwege vorsehe, und hinsichtlich der Platzierung des öffentlichen Nahverkehrs.

Pensum droht über den Kopf zu wachsen

Vor Beginn der Debatte kam es zu einem viertelstündigen Hickhack um die Frage, ob angesichts der großen Tagesordnung die Debatte ihrer Bedeutung wegen auf einen anderen Termin verschoben werden sollte oder ob man zum Debattieren genötigt sei, weil anschließend über die Vergabe von Aufträgen für den Umbau des Frauentorplatzes und für das Brückenbauwerk der Entlastungsstraße-Nord entschieden werden müsse. Schließlich fand der Vorschlag von OB Wäschle, die Debatte auf eine Stunde zu begrenzen, eine starke Mehrheit. Allerdings wurde diese eine Stunde dann doch um eine weitere halbe Stunde verlängert, so daß der Verkehr insgesamt dreieinhalb Stunden den Gemeinderat beherrschte.

In der Debatte wurden von den Stadträten ungezählte Fragen zu den beiden Expertisen aufgeworfen und jeweils von den Fachingenieuren beantwortet, zum Beispiel. Ist der Tunnel unter dem Mehlsack tatsächlich nicht mehr erforderlich? Muß der

Frauentorplatz Unter- und Überführungen haben? Was läßt sich bei der fortgeschrittenen Planung überhaupt noch korrigieren? Wie läßt sich der Platzcharakter des Frauentorplatzes trotz der Verkehrsmassierung erhalten? Wie wird die beste Zugänglichkeit zur Innenstadt erreicht? Ist bei zweispurigem Ausbau der Schussenstraße eine Fußgänger-Unterführung notwendig? Welche Folgen ergäben sich aus dem Vorschlag, die Bushaltestellen der Innenstadt auf Schussen- und Karlstraße zu verteilen? Muß man nicht eine Bürgerversammlung abhalten, um die Bürger an der Planentwicklung aktiv teilnehmen zu lassen? Wie will man die Nachteile für die Ober- und Weststadt ausgleichen für den Fall, daß der Busverkehr im Bahnhofsbereich konzentriert wird?

Die Schlußberatung über das Projekt Frauentorplatz ist, wie OB Wäschle gestern der SZ mitteilte, auf Montag, 20. Januar, festgesetzt worden.

ny

Stadt übernimmt Bauträgerschaft

Für den Umbau Frauentorplatz — Kontroverse zwischen Planungsbüros

Der Umbau des Frauentorplatzes wird nicht, wie ursprünglich geplant, als Maßnahme des Bundes mit finanzieller Beteiligung der Stadt Ravensburg durchgeführt, sondern genau umgekehrt: die Stadt ist Bauträgerin, erhält aber von Bund und Land 85 Prozent der Kosten ersetzt. Diese Regelung — der Gemeinderat stimmte ihr in seiner Sitzung am Montag zu — bringt für die Stadt zwar eine etwas stärkere finanzielle Belastung mit sich (zwischen 100 000 und 200 000 DM), hat jedoch andererseits auch eine Reihe von Vorteilen.

Oberbürgermeister Wäschle wies darauf hin, daß die Stadt als Bauträgerin in der Lage sein werde, auf einen möglichst zügigen Verlauf des Bauvorhabens hinzuwirken und dadurch auch wieder Geld einzusparen. Das Angebot des Bundes sei daher als günstig zu betrachten.

Der vorgesehene Beschluß über vorbereitende Arbeiten für die Fußgängerunterführung am Frauentorplatz (Versorgungsleitungen mit einem Kostenaufwand von rund 500 000 DM) kam in dieser Sitzung nicht zustande. Er mußte auf Eis gelegt werden, nachdem die vorausgegangene Debatte über den Generalverkehrsplan — wir berichteten gestern ausführlich darüber — unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Frauentorplatz-Umbaus ergeben hatte. Es soll daher zunächst die Grundsatzentscheidung, die

vom Gemeinderat im Januar kommenden Jahres zu treffen ist, abgewartet werden. Zustimmung fand in diesem Zusammenhang ein Antrag von Stadtrat Riempp (SPD), die Stadtverwaltung möge versuchen, im Einvernehmen mit den beiden beteiligten Planungsbüros (Schaechterle, Neu-Ulm, und Kilpper, Stuttgart) einen gemeinsamen Vorschlag für das Projekt zu erarbeiten.

Der Vertreter des Büros Schaechterle, Regierungsbaumeister Holdschuer, sah sich daher zu einer sehr deutlichen Stellungnahme veranlaßt. Aus dem Verlauf der Diskussion glaubte er den Schluß ziehen zu können, daß die bisherige Arbeit seines Büros offenbar in Frage gestellt werde. Holdschuer, der auf eine klare Entscheidung drängte, erklärte unumwunden seine Bereitschaft, von der weiteren Beratertätigkeit für die Stadt Ravensburg zurückzutreten, wenn keine genügende Vertrauensbasis mehr vorhanden sei. Diplom-Ingenieur Kilpper vertrat hingegen die Ansicht, die Tätigkeit zweier Büros könne der Sache nur nützen. Er sehe darin keine Konkurrenzsituation, zumal das Büro Schaechterle Verkehrsplanung, er selbst aber Stadtplanung betreibe. Oberbürgermeister Wäschle entschärfte die Kontroverse durch das Angebot, er wolle die Differenzen in einem persönlichen Gespräch mit Vertretern beider Büros zu bereinigen versuchen. zi